

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 M.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 11. Dezember 1897.

Inserate die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 80 M.  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Sind Arbeiterwohnungen „Wohlfahrtseinrichtungen“? — Moderne Sklaverei. — Eine wichtige Rechtsfrage. (Schluß). — Feuilleton: Die Erfindung des Blitzableiters. — Zur Achtstundenbewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die vom 1. bis 30. November 1897 eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Aufruf an die Metallarbeiter der Provinz Hannover. — Vermischtes. — Bitterartiges.

## Zur Beachtung.

**Zugang ist fernzuhalten:** von Formern und Gießereiarbeitern nach **Nürnberg** (Reich); von Feilenhauern nach **Erfurt** (Augustin); von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach **Trefflin** (Bernh. Stöwer M. B.); von Klempnern nach **Brannschweig** (Mechembelagenfabrik von Runge) St., nach **Wermelskirchen** (Robert Weber, Berg. Eisenblechwaarenfabrik zc.) M.; von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern zc. nach **München** (Nodenstock); von Metallrüdern nach **Poyershausen** (Aktiengesellschaft Glud & Mawstrand); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Corgelsow** i. Pomm. M., nach **England** St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen) M.: Maßregelung.

## Sind Arbeiterwohnungen „Wohlfahrtseinrichtungen“?

Was die Kapitalisten, die bürgerlichen Sozialpolitiker und die Fabrikinspektoren als „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer für die Arbeiter ausgeben, das ist so viel — und eigentlich so wenig —, daß die Arbeiterpresse daran schon oft scharfe Kritik üben mußte. Recht sonderbar ist es uns von jeher vorgekommen, wenn auch die sogenannten „Arbeiterwohnungen“ als „Wohlfahrtseinrichtungen“ geschildert und gepriesen werden, wie dies namentlich in allen Fabrikinspektorenberichten geschieht. Gerade diese Fabrikarbeiterwohnungen gehören zu jener Fabrikantenphilantropie, die einer der sachkundigsten Vertreter dieser Politik, der seither verstorbene elbische Reichstagsabgeordnete Karl Grad einst als ein „gutes Geschäft“ bezeichnet hat. „Der vergleichsweise guten und billigen, vom Arbeitgeber hergestellten Wohnung steht der Umstand entgegen“, sagt Herkner in seiner „Arbeiterfrage“, „daß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeiter auch noch gleichzeitig die Aufkündigung seiner Wohnung bedeutet. Wie sehr dadurch die Lage des Arbeiters bei einer Arbeitseinstellung verschlechtert wird, hat sich in England (und auch in Deutschland) schon oft genug gezeigt. Tausende von streikenden Arbeitern mit ihren Familien wurden aus ihren, den Arbeitgebern gehörigen Wohnungen in rauher Jahreszeit auf's freie Feld verwiesen.“ — Herkner ist einer der wenigen bürgerlichen Sozialpolitiker, welche den kapitalistischen „Wohlfahrtseinrichtungen“ nüchtern und kritisch gegenüberstehen.

„Es ist selbstverständlich“, sagt Friedrich Engels in seiner „Wohnungsfrage“, „daß jeder Kapitalist, den die Bedingungen seiner Industrie — Wasserkraft, Lage der Kohlengruben, Eisensteinlager und sonstigen Bergwerke usw. — an eine bestimmte Lokalität fesseln, Wohnungen für seine Arbeiter bauen muß, wenn keine vorhanden sind... Lange, ehe man in Deutschland eine wirkliche große Industrie besaß, hatten die englischen Kapitalisten eingesehen, daß bei ländlicher Fabrikation die Anlage für Arbeiterwohnungen ein notwendiger, direkt und indirekt sehr rentabler Theil des Gesamtanlagekapitals ist. Lange, ehe der Kampf zwischen Bismarck und den deutschen Bourgeois den deutschen Arbeitern die Koalitionsfreiheit schenkte, hatten die englischen Fabrikanten, Bergwerks- und Gütenbesitzer praktisch erfahren, welchen Druck sie auf streikende Arbeiter ausüben können, wenn

sie gleichzeitig die Miethsherrn dieser Arbeiter sind.“ Engels weist sodann nach, wie in England, Frankreich, in der Fabrikstadt Mülhausen i. E. zc. die Arbeiterwohnungen gut rentiren, namentlich welcher Schwindel seitens der Mülhauser Industriellen mit ihren Arbeiterhäusern gegenüber den Arbeitern getrieben worden ist.

Doch so wahr, als das ist, was Herkner und Engels über die Arbeiterwohnungen sagen, für die Unternehmer à la Stumm und andere Leute hat dies keinen Werth, weil es Theoretiker sagen, welche überdies arbeiterfreundlicher Sozialreformer resp. Sozialdemokrat sind. Da müssen „Praktiker“ reden, sollen solche Meinungsäußerungen irgend einen Werth erhalten. Da lesen wir nun im Geschäftsberichte der Aktiengesellschaft „Gewerkschaft der Zeche Graf Schwerin“ für 1896: „Sodann ist wünschenswerth, wegen andauernden Arbeitermangels (also nicht um eine „Wohlfahrtseinrichtung“ zu Gunsten der Arbeiter. D. R.) 50—60 Arbeiterhäuser zu bauen. Durch eine Vermehrung der Arbeitskräfte wird das Werk in der Lage sein, die von dem Syndikat bewilligten 30,000 Zentner pro Tag zu fördern. Die Häuser werden rund 600,000 M. kosten.“ Da haben wir nun die ausführliche Darlegung der Gründe, warum man Arbeiterhäuser baut. Darnach ist es nicht die „Fürsorge“ und nicht die „Liebe“ zu den Arbeitern, sondern das eigene Geldsacksinteresse, um dem Arbeitermangel durch längere Gebundenheit der Arbeiter abzuwehren, um die schnelle Lösung des Arbeitsverhältnisses zu erschweren und dadurch die Produktion, sowie den Profit erhöhen zu können. Wenn den Arbeitern neben guter Behandlung noch auskömmliche Löhne gezahlt werden, dann bedarf es in der Regel der Arbeiterhäuser als „Wohlfahrtseinrichtung“ nicht. Noch deutlicher spricht sich darüber der Geschäftsbericht des Dortmunder Steinkohlen-Bergwerkes Luise Tiefbau aus, in dem es heißt: „Der Bericht hebt hervor, daß die Erwartungen über den stetigen Fortschritt in der Entwicklung der Zeche Bruchstraße, welcher die Verwaltung i. Z. Ausdruck gegeben hatte, nicht in Erfüllung gegangen sind; die Zeche hatte von Ende 1896 an unter Arbeitermangel zu leiden, und die Folge davon war, daß die vorgeordneten Betriebspunkte nicht genügend belegt werden konnten. Um dem Arbeitermangel abzuwehren, wurde eine Anzahl Häuser theils angekauft, theils auf längere Jahre gemiethet.“

Ueber den Arbeitermangel wurde Ende September aus dem Ruhrkohlenbezirk gemeldet: „Der bei der hiesigen Montanindustrie herrschende Arbeitermangel wird immer größer. Nicht nur, daß die Kohlengruben darunter leiden, auch die Eisenerze Klagen, daß es ihnen an Arbeitern fehle. Der starke Zugang fremder Arbeiter dauert zwar an, aber mehr als die Hälfte kehrt nach kurzem Aufenthalt wieder in die Heimath zurück, da ihnen die überwiesene Arbeit nicht behagt. Dies ist namentlich bei denjenigen Arbeitern der Fall, die auf den Gruben Beschäftigung finden, obwohl die Grubenverwaltungen den Leuten sehr entgegenkommen, indem sie ihnen Wohnungen verschaffen und sogar Lohnzuschüsse bewilligen. Des Weiteren wird den fremden Arbeitern der Aufenthalt im hiesigen Bezirk dadurch verleidet, daß sie von den einheimischen Kameraden als Parias angesehen und behandelt werden. Zudem sind den Leuten von den als Werbem ausgehenden Beamten und Agenten Versprechungen gemacht worden, die nicht erfüllt werden, oder gar nicht erfüllt werden können. „Ist Alles Schwindel hier!“ sagte mir vor einigen Tagen ein Oesterreicher von der unteren Donau, als ich ihn fragte, warum er nicht hier bleiben wolle. „Ist die Arbeit auch sehr gefährlich, Lohn doch nicht so hoch, als uns versprochen, Kostgeld sehr theuer!“

fuhr er fort. Aus den weiteren Äußerungen des Mannes ging hervor, daß schon viele seiner Landsleute vor ihm in die Heimath zurückgekehrt seien und daß in Folge der erlittenen Täuschungen die Auswanderung von dort nach hier in's Stocken gerathen sei. Die einzigen fremden Arbeiter, die sich hier alsbald akklimatisiren, sind die aus den östlichen Provinzen, die Ost- und Westpreußen, sowie Polen. Bei ihnen scheint auch die Liebe zur Heimath bei Weitem nicht so groß zu sein, als bei den Oesterreichern und Italienern. Die letzteren erweisen sich als sehr geschickt bei der Grubenarbeit, dabei sind sie fleißig, nüchtern und sparsam. Sobald sie sich ein kleines Kapital erspart haben, ziehen sie wieder in ihre Heimath, nur sehr wenige werden hier sesshaft. So lange die günstige Konjunktur in der Montanindustrie andauert wird, werden die Zechen und Fabriken sich zu weiteren Lohn erhöhungen und sonstigen Vergünstigungen verstehen müssen, wenn sie die erforderliche Anzahl Arbeiter sich verschaffen und behalten wollen.“ — „Ist Alles Schwindel hier!“ mit diesen Worten hat der einfache österreichische Arbeiter die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kurz charakterisirt und zugleich bewiesen, daß die dortigen Großindustriellen vergeblich nach zufriedenen und genügsamen Arbeitern sich bemühen. Im Dortmunder Bezirk betragen die täglichen Verdienste der Bergarbeiter 3,36 bis 3,54 M., also nicht einmal 4 M., was entschieden zu wenig ist.

Anderes ist freilich der „Verdienst“ der Kapitalisten. In der Generalversammlung des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins gab der Generaldirektor Tull mit glücklich strahlendem Gesichte den Aktionären eine glänzende Schilderung der Geschäftslage. So habe die Gesellschaft allein in den beiden Monaten Juli und August einen Gewinn von 995,443 M. gemacht, den der Generaldirektor Tull selbst glänzend nennt. Aufträge liegen so viele vor, daß alle Betriebe vollauf in Anspruch genommen sind und dabei ist Alles zu guten Preisen verschlossen und ist der jetzt erzielte Durchschnittspreis der höchste, der seit Jahren erreicht wurde. Und diese sehr guten Preise, welche die schönsten Gewinne gewähren, werden nicht zurückgehen, sondern stetig bleiben, schon auf Grund der Verbände (der Syndikate). Wenn auch nicht ganz hierher gehörend, so doch erwähnenswert ist die Bemerkung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, daß ihr der Ausstand der Hamburger Hafenarbeiter schwere Opfer bereitete; den auf ihren Schiffen beschäftigten Seelenten sei nach Beendigung des Ausstandes alsbald eine „mäßige Aufbesserung ihres Verdienstes gewährt worden.“ Die „Aufbesserung“ ist gewiß sehr gering gewesen, wenn sie die Gesellschaft selbst als „mäßig“ bezeichnet. Für 1896 erhielten die Aktionäre dieser Gesellschaft 10 Prozent Dividenden (gegen 7 Prozent in 1895) gleich 815,221 M. — 1 Prozent weniger Dividende gleich 81,000 M. hätte wohl schon hübsche Lohnaufbesserungen ermöglicht, aber die kapitalistische Habgucht verzichtet nicht auf ein Stück Brod zu Gunsten der fleißigen Arbeiter.

Nun haben wir Theoretiker und Praktiker über die Arbeiterwohnungen gehört und in den hier angeführten Äußerungen werden sie weder von den einen noch von den anderen als „Wohlfahrtseinrichtungen“ dargestellt, sondern als Einrichtungen, die rein im Interesse der Unternehmer liegen, um einmal die Arbeiter, speziell verheirathete, mehr an die Scholle zu fesseln und um sodann ein ausgezeichnetes Herrschafts- und Unterdrückungsmittel gegen unzufriedene Arbeiter zur Verfügung zu haben. Daß die Arbeiterwohnungen geeignet sind, direkt auf Behebung des von allen Seiten beklagten Arbeitermangels einzuwirken, ist nicht zu bestreiten. Freilich würden höhere Löhne, kurze

Arbeitszeit, gute Behandlung noch viel bessere Mittel zur Abhilfe des Arbeitermangels sein, allein die Anwendung dieser Mittel erlaubt das Interesse der Unternehmer und Aktionäre nicht, die um jeden Preis die möglich höchsten Gewinne aus den Arbeitern herauspressen wollen. Und zu diesem Zwecke schenkt man auch nicht vor schwindelhaften Versprechungen zurück, um ausländische Arbeiter massenhaft für die deutsche Industrie heranzulocken.

„Ist Alles Schwindel hier!“, damit können wir auch unsere Betrachtungen über die Arbeiterwohnungen als Wohlfahrts Einrichtungen schließen.

### Moderne Sklaverei.

Als vor etlichen Jahrzehnten der Emanzipationskampf des vierten Standes seinen Anfang nahm, bestand der erste große geistige Fortschritt, den die Proletarier in der Richtung zur sozialpolitischen Aufklärung machten, darin, daß sie die Lehren der herrschenden kapitalistischen Schule von der „Freiheit der Arbeit“ in ihrer ganzen Unwahrhaftigkeit und Haltlosigkeit erkannten. In außerordentlichem Maße wurde diese Erkenntnis gefördert durch die wissenschaftliche und propagandistische Tätigkeit von Karl Marx, Fr. Engels und Lassalle. Die sozialdemokratische Literatur und Agitation hat von Anfang an die Lage der Arbeiter unter der Herrschaft des Kapitalismus durchaus richtig bezeichnet als Lohnwirtschaft, als Sklaverei, und an der Hand der Thatfachen den Nachweis geführt, daß das Wort „Freiheit der Arbeit“ auf die wirtschaftlich abhängige, sozial und politisch unterdrückte Klasse der Lohnarbeiter nicht anwendbar ist.

Dafür hat die Sozialdemokratie sich die dümmsten und gehässigsten Angriffe seitens der groß- und kleinbürgerlichen Kreise und deren Presse gefallen lassen müssen. Das Proletariat wie das Spießbürgerthum, der Bourgeois wie der Junker gaben einmütig ihrer „stillsicheren Entrüstung“ darüber Ausdruck, daß man in solch „gewissenloser“ Weise die bestehende Gesellschaftsordnung „schlecht mache“ und die Arbeiter gegen dieselbe „aufhebe“. Oft genug haben sich Staatsanwälte gefunden, welche den Versuch machten, derartige „Aufreizung“ strafrechtlicher Ahndung zu unterwerfen. In einigen Fällen ist dieser Versuch auch gelungen.

Inzwischen hat die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft gewaltige Fortschritte gemacht; der wirtschaftliche Daseins- und Interessenkampf hat an Umfang und Schärfe zugenommen; er hat mehr und mehr auch die bürgerlichen Mittelklassen und selbst solche Interessengruppen ergriffen, welche den obersten Gesellschaftsschichten angehören. Die Handwerker, die Masse der kleinen Gewerbetreibenden, die Bauern, sie alle, die immer härter durch die ökonomischen Wandlungen vom größeren Kapital sich bedrängt sehen, haben nun keinen Anlaß mehr, dem lohnarbeitenden Proletariat sein „Schlagwort“ als „Verbrechen“ gegen die Gesellschaftsordnung vorzuwerfen; sie selbst bedienen sich jetzt solcher Schlagworte, um ihrem Horn gegen den Kapitalismus Luft zu machen. Da kam man in ihren

### Die Erfindung des Blitzableiters.

Dem Amerikaner Benjamin Franklin gebührt das Verdienst, den Blitzableiter erfunden zu haben. Allerdings hatte schon vor ihm im Jahre 1746 Winkler in Leipzig den Blitzschlag als elektrische Entladung bezeichnet, ohne aber geeignete Angaben zur Verhütung der Blitzschläge und der dadurch verursachten Beschädigungen zu machen.

Benjamin Franklin wurde am 17. Januar 1706 als Sohn armer Eltern geboren. Benjamin war von den 16 Kindern seines Vaters, der ein Seifensieder-geschäft betrieb, das jüngste und erlernte in seinem 12. Lebensjahre bei seinem Halbbruder die Buchdrucker-kunst. Nachdem er an der von seinem Bruder im Jahre 1720 herausgegebenen Zeitung als Mitarbeiter tätig gewesen, ging er nach London. Nach zweijährigem Aufenthalt in London, wo er sich ein kleines Vermögen erworben hatte, nach Amerika zurückgekehrt, errichtete er im Jahre 1728 in Philadelphia eine Buchdruckerei mit Buchverlag, die er später durch eine Papierhandlung erweiterte und zur Blüte brachte. Mit viel Geschick redigirte er die von ihm herausgegebene Zeitung und einen Almanach; in letzterem empfiehlt er in der Ausgabe des Jahres 1758 dringend die Anlage von Blitzableitern und macht auch geeignete Vorschläge für deren zweckmäßige Anfertigung.

Die Royal Society, die zuerst Franklin's Berichte über seine elektrischen Beobachtungen nicht für werth hielt, Aufnahme in ihren Berichtsrechnungen zu finden, erwarb ihn später zum Ehrenmitglied und die Universitäten Edinburgh und Oxford verliehen ihm die

Versammlungen hören und in ihren Zeitungen lesen von der „Tyrannei des Kapitals“; von der „Versklavung jeder ehrlichen Arbeit durch das Kapital“, von der „Vernichtung aller selbständigen Existenzen, die nicht auf kapitalistischer Ausbeutung beruhen“. Die „Knechte des Großunternehmertums“ nennen sich die Handwerker, die für großkapitalistische Unternehmer in der Hausindustrie oder sonstwie thätig sind. Als „verklavte Geschäftsleute“ bezeichnen sich diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche in Abhängigkeit und Botmäßigkeit von Kartellen, Trusts oder sonstigen großkapitalistischen Kombinationen gerathen sind. „Wir sind Zinsknechte der Hypothekengläubiger“, jammern zahllose sogenannte Hausbesitzer in den Städten und zahllose kleine Landwirthe. Die Agrarier, die „nothleidenden“ Junker, die Großgrundbesitzer versichern, daß sie nicht Beruf und Lust dazu haben, „Sklaven der Börse“, „Knechte der Plutokratie“ zu sein. Und sie fordern vom Staate, daß er sie befreie von dieser Knechtschaft, daß nicht der Getreidespekulant einen Theil des von ihnen beanspruchten Profits hinwegnehme.

Endlich mehren sich die Stimmen, die gegen die Versklavung der Kunst und Wissenschaft, sowie des Beamtenthums sich richten.

Klagen über Sklaverei überall. Ganz natürlich. Denn die vom Kapitalismus beherrschte Entwicklung hat die Tendenz, mehr und mehr Alles zu versklaven, was nicht im Stande ist, sich die ökonomische Unabhängigkeit zu erhalten. Bei der Lohnarbeit setzt diese Entwicklung ein, um dann nach und nach, aber in immer schnellerem Tempo, alle Thätigkeitsgebiete und damit immer mehr Menschen der Besitzübermacht zu unterwerfen.

Freilich, die Masse der bürgerlichen Elemente, welche über Versklavung jammern, ist noch weit davon entfernt, dieses Wort in dem durchaus zutreffenden Sinne auf sich beziehen zu können, als die Lohnarbeiter den Thatfachen entsprechend es müssen. Die vom Großkapital an die Wand gebrückten Geschäftsleute können ihre ökonomische Bedrängnis nicht mit der der Proletarier vergleichen; die Leiden der proletarischen Lohnsklaven haben sie nicht zu erdulden. Und wenn gar die Agrarier über „Versklavung“ durch die Getreidebörse jammern, so ist das nicht ernst zu nehmen; sie bedienen sich lediglich eines demagogischen Schlagwortes.

Aber in Anbetracht der immer allgemeiner werdenden Klage über das kapitalistische Versklavungssystem gewinnt die berechtigte Klage der Proletarier darüber, daß sie die Lohnsklaven des Kapitals sind, ungemein an Gewicht und Bedeutung. Alle wesentlichen Merkmale der Sklaverei sind beim Lohnarbeiter der Industrie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft und Kunst vorhanden. Die herrschende ökonomische Richtung, welche so rührend über die „Freiheit der Arbeit“ zu faheln versteht, sie selbst ist es, die in einer ihrer Grundlehren zugibt, daß es eine Freiheit der Arbeit heute so wenig gibt wie ehemals.

Der Sklave war eine lebendige Waare, deren Preis sich richtete nach Angebot und Nachfrage. Was

Doktorwürde. Im Jahre 1736 wurde er Sekretär des Kolonialamts von Pennsylvania und im folgenden Jahre Postmeister von Philadelphia. Er hat für die Unabhängigkeit Nordamerikas — der heutigen „Vereinigten Staaten“ —, das damals noch eine Kolonie von England war, mit rastlosem Eifer gearbeitet. Er starb am 17. April 1790 in Philadelphia. Wie geschätzt und geehrt Franklin in der ganzen Kulturwelt war, mag daraus ersehen werden, daß auf Mirabeau's Antrag bei seinem Tode die französische Nationalversammlung beschloß, auf drei Tage Trauer anzulegen.

Die Erfindung der Leidener Flasche hatte in Europa einen wahren Sport mit elektrischen Versuchen hervorgerufen. Jeder Krämer verkaufte Glasrohre von ca. 85 Centimeter Länge und 2,5 Centim. Durchmesser. Die Glasröhren wurden durch Reiben mit seidenen Tüchern erwärmt und erzeugten auf diese Weise Elektrizität. Taschenspieler reisten überall herum und zeigten dem neugierigen Publikum verschiedene elektrische Spielereien. Von einem solchen Experimentator, Dr. Spence, sah Franklin in Boston elektrische Versuche, und da es ihm gut gelang, derartige Versuche nachzumachen, veranlaßte ihn diese Anregungen, sich dem Studium der elektrischen Phänomene zuzuwenden. Nach Franklin's Angaben wurde im Jahre 1752 von französischen Gelehrten durch Versuche die Existenz der Wolkenelektrizität festgestellt. Zuerst versetzte sich Franklin im Jahre 1750 über seine im vorhergehenden Jahre angestellten Beobachtungen über die elektrische Materie. Schon damals drückte er die Ueberzeugung aus, daß man anfänger müßte, auf die höchsten Theile der Gebäude aufrecht stehende eiserne Stangen zu be-

den Werth des Sklaven ausmache, das war seine Arbeitskraft, die durch Kauf mit dem Menschen in das Eigenthum des Herrn überging.

„Die Arbeitskraft ist eine Waare“, lehrt die kapitalistische Ökonomie, und die kapitalistische Praxis bestätigt diesen Satz. Eine lebendige Waare, wie ehemals der Sklave, ist die Arbeitskraft. Wie es früher Sklavenmärkte gab, so gibt es jetzt den Arbeitsmarkt. Wie früher der Sklave, so wird jetzt die Arbeitskraft nach Angebot und Nachfrage bezahlt.

Wo liegt der Unterschied? Nur in der Form, nicht in der Sache. Ob ich sage: ein Mensch wird verkauft, oder: die Arbeitskraft findet ihren Käufer, das ist einerlei. Denn die menschliche Arbeit ist die Ausbeutung des ganzen Menschen, ist der Mensch selbst.

Es kommt gar nicht darauf an, ob der Mensch, dem Zwange roher Gewalt erliegend, von anderen Menschen verkauft wird, oder ob er, dem Zwange der Noth gehorchend, sich selbst verkauft. In jedem Falle ist es Sklaverei. Auch darauf ist kein entscheidendes Gewicht zu legen, daß der Arbeiter die „Freiheit“ hat, den sogenannten „Arbeitsvertrag“ aufzuheben, wann er will. Er wechselt nur den Käufer, den jeweiligen Besitzer seiner Arbeitskraft.

Glendes Sophisma, das von der „Freiheit“ der Arbeit! Wer da sagt, der Arbeiter sei frei nach dem Kodex des bürgerlichen Rechts, der übersieht, daß er nach freigelassen worden ist, nachdem durch die Arbeit bereits Vorräthe von Gütern als wirtschaftlich-soziale Machtmittel in den Händen eines Arbeitsherenthums geschaffen waren. So steht der „freie“ Arbeiter unter der unmittelbaren Macht der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse. Die Grundbedingung aller Freiheit im wirtschaftlichen und sozialen Leben, der Erwerb der Existenzmittel, die Bethätigung der Arbeitskraft blieb für ihn abhängig vom Besitz der Produktionsmittel. Die Konsequenzen dieses Verhältnisses gipfeln in der Thatfache, daß die Arbeit von heute so gut zu unbezahlten Leistungen gezwungen ist, wie sie es war zur Zeit der Sklavenwirtschaft. Der Charakter des modernen Arbeitslohnsystems hat eine auffallende Uebereinstimmung mit dem Charakter des antiken Systems der Unterhaltung unfreier Arbeiter. Wie für diese die Gütersumme, welche sie vom Ertrage ihrer Arbeit bekamen, sich auf den Lebensunterhalt beschränkte, so ist der Arbeitslohn nach kapitalistischer Tendenz lediglich darauf berechnet, zur Fristung der Existenz des Arbeiters zu dienen.

In diesen und noch manch' anderen Rücksichten ist der Lohnarbeiter durchaus berechtigt, den Zustand, in welchem er leben muß, als Sklaverei zu bezeichnen. Wenn die vom Großkapital bedrängten Kleinbürger dieses „Schlagwort“ jetzt sich aneignen, so liegt die Annahme nahe, daß sie dasselbe antizipieren im Hinblick auf die kommende Zeit, in der sie ganz in das wirkliche Proletariat hinabgedrückt sein werden. Diese Zeit wird kommen. Der Befreiungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht sich unter unseren Augen mit wachsender Schnelle. Am Ende dieses Prozesses steht die Entscheidung: Beseitigung aller Ausbeutung und Sklaverei.

festigen, die so scharf wie Nadeln sein sollten; zum Schutze gegen das Rosten empfahl er die Vergoldung der Spitzen. Nach seinen weiteren Angaben sollten die unteren Enden dieser Stangen durch einen Draht, der außen am Gebäude entlang zu führen sei, mit der Erde verbunden werden, da „diese spitzen Stangen vermutlich das elektrische Feuer aus einer Wolke ruhig abführen würden, ehe dieselbe zum Schlagen nahe genug käme“, auch wir en wir uns dadurch „vor diesem plötzlichen und schrecklichen Unglück in Sicherheit stellen“. Im Jahre 1755 weist Franklin darauf hin, daß sein Blitzableiter auch dann seine Schutzwirkung thue, wenn er die Blitzschläge ohne Schaden anzurichten in die Erde führe.

Im Juni des Jahres 1752 unternahm Franklin seinen berühmten Versuch mit dem Drachen, den er während eines Gewitters steigen ließ, um auf diese Weise die Bestätigung der Richtigkeit seiner Ansicht über die Wolkenelektrizität zu erhalten. Da Franklin aber den Spott seiner Zeitgenossen im Fall des Mißlingens seines Experiments fürchtete, so unterrichtete er Niemanden von seinem Vorhaben, sondern führte dasselbe in Begleitung seines Sohnes im Geheimen aus. Noch im September desselben Jahres errichtete er auf seinem Hause einen Blitzableiter; — die erste Blitzableiteranlage war ausgeführt! Eine spitze Auffangstange wurde am Schornstein befestigt und mit einem Eisen-draht von 7 Millimeter Durchmesser mit dem Stiel eines Brunnens verbunden. Die Stange ragte um 3 Meter über dem Schornstein hervor; die Leitung ging durch die Wohnräume des Franklin'schen Hauses. In einem Zimmer war dieselbe unterbrochen und ein

**Eine wichtige Rechtsfrage.**

(Schluß.)

Weiter enthält aber § 40 der Z.-Pr.-O. (1. Buch, 3. Titel: Vereinbarung über die Zuständigkeit der Gerichte) eine Bestimmung, daß Vereinbarungen, durch welche ein an sich unzuständiges Gericht dennoch als zuständig erklärt wird, dann unzulässig seien, sobald für die betr. Klage ein ausschließlicher Gerichtsstand begründet sei. Dieser ausschließliche Gerichtsstand kann in sachlicher oder örtlicher Beziehung geregelt sein. Bei den in § 3 des G.-G.-G. bezeichneten Streitfällen aus dem Arbeitsverhältnis haben wir es aber mit einem ausschließlich begründeten Gerichtsstand zu thun. Der Gesetzgeber hat aus sozialen Gründen, wie auch zur Beschleunigung, Erleichterung und Verbilligung der Rechtssprechung die eingehend geregelte Möglichkeit der Schaffung spezieller Gewerbegerichte (wie auch Berggewerbe- und Innungsschiedsgerichte) gegeben und diesen die Zuständigkeit für gewisse Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis übertragen. Hiermit ist ein ausschließlich begründeter Gerichtsstand geschaffen, und so wenig durch Vereinbarung ein Innungsmeister sich dem Innungsschiedsgericht entziehen oder ein Gewerbetreibender sich der Entscheidung durch das Amtsgericht unterstellen kann, ebensowenig ist es darnach zulässig, vertragsmäßig das Gewerbegericht durch ein privates Fabriksschiedsgericht auszuschließen. Solche Verabredungen oder Verträge sind auf alle Fälle ungültig, mögen sie durch Arbeitsvertrag oder durch Arbeitsordnung geregelt sein; sie heben die Zuständigkeit des Gewerbegerichts nicht auf.

Das Leipziger Urtheil ist darnach in doppelter Hinsicht hinfällig, einmal, weil die Annahme, jener Passus der Arbeitsordnung sei rechtsverbindlich, auf Irrthum beruht, und sodann, weil das Gewerbegerichts-gesetz die Anwendung der §§ 851—872 der Z.-Pr.-O. gar nicht zuläßt. Das böhmische Fabriksschiedsgericht ist ungesetzlich und ebenso unzulässig würden auch andere Schiedsgerichte im Zuständigkeitsbezirk der Gewerbegerichte sein; das Gewerbegericht bleibt aber nach wie vor zuständig. Wie nun, wenn sich ein Gewerbegericht trotzdem für unzuständig erklärt? Wo hat dann der Arbeiter sein Recht zu suchen? Für diesen Fall sind nach § 11 der Zivilprozessordnung und § 26 d. G.-G.-G. die ordentlichen Gerichte zuständig. Der Kläger hat sich darnach an das Amts-, bezw. Landgericht (an letzteres bei Werthobjekten über 300 Mk) zu wenden. Es würde sich empfehlen, in solchen Fällen den betreffenden Arbeitern von Seiten der Gewerkschaften die Rechtshilfe zu gewähren, damit diesen die Möglichkeit gegeben ist, ihre Ansprüche gegenüber den ungesetzlichen Unternehmerpraktiken zur Geltung zu bringen und zugleich diese Zuständigkeitsfrage durch ein maßgebendes Urtheil zur Entscheidung zu bringen. Gegen den Schiedsspruch unzuständiger Fabriksschiedsgerichte ist innerhalb einer Nothfrist von einem Monat wegen Unzulässigkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens auf Aufhebung desselben bei den ordentlichen Gerichten zu klagen.

elektrisches Glockenspiel eingeschaltet. Waren nun die vorüberziehenden Wolken mit Elektrizität beladen, so läutete dieses Glockenspiel.

Die erwähnten Vorschläge Franklin's in seinem Almanach vom Jahre 1758 schrieben für Blitzableiteranlagen als Erdleitung eine dünne Eisenstange vor, die etwa einen Meter in den Erdboden versenkt sein soll. Die Auffangstange empfiehlt er, aus Messing anzufertigen und mit einer Spitze zu versehen, auch soll die Auffangstange lang genug sein, um den höchsten Punkt des Gebäudes um etwa 2 Meter zu überragen. Schon damals machte Franklin darauf aufmerksam, daß größere Gebäulichkeiten durch mehrere Blitzableiter geschützt werden müssen.

Im Jahre 1786 führte der Blitzableiter auf dem Hause des Erfinders in Philadelphia einen Blitzschlag ohne Anrichtung von Schaden in den Erdboden. Bei der Untersuchung der Blitzableiteranlage zeigte sich nur die Spitze der Auffangstange geschmolzen. Wenngleich sich der Blitzableiter in Amerika ziemlich schnell einführte, so wurde er auch dort aus sogenannten „religiösen“ Motiven von einem Geistlichen in Boston angefeindet, und von diesem für — das Erdbeben des Jahres 1775 verantwortlich gemacht. Auch in Europa machte sich gegen die Einführung des Blitzableiters religiöser Fanatismus geltend, und nur zu häufig bezeichnete die Bevölkerung eine Blitzableiteranlage als „Keglerstange“. Vielfach hieß es, daß man nicht die Vermessenheit haben dürfe, sich der Schicksal und dem Gericht Gottes zu widersetzen. Mit Recht konnte daher im Jahre 1777 ein Schriftsteller die Anlage von Blitzableitern mit den Worten verteidigen: „Es

Soweit ist also schon rechtlich die Möglichkeit gegeben, die vom Unternehmer aufgezwungenen Schiedsvereinbarungen als ungültig erklären zu lassen. Die Möglichkeit, diesen Einrichtungen durch Verweigerung der Annahme des Arbeitsvertrages, bezw. durch Massenausslösung desselben und durch ein gewerkschaftliches Vorgehen ein Ende zu machen, wird dadurch noch besonders begründet.

Was veranlaßt uns nun gegen solche Schiedsverträge Stellung zu nehmen? Nach dem Wortlaut des oben mitgetheilten Schiedsvertrages könnten sich Viele zu dem Glauben verleiten lassen, ein privates Schiedsgericht, dessen Schiedsrichter lauter Mitarbeiter sind, biete sogar noch einen Vorzug gegenüber der Besetzung der Gewerbegerichte. Aber nicht die Besetzung ist die Hauptgrundlage eines Gerichts, sondern die möglichste Garantie unparteiischer und unbeeinflusster Rechtssprechung. Diese Garantie fehlt aber einem Schiedsgerichte, dessen Schiedsmänner gewissermaßen unter der Aufsicht ihres Arbeitgebers für oder gegen den letzteren entscheiden sollen. Alle dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten entstehen in der Hauptsache zwischen der Firma und ihren Arbeitern. Und zwischen Beiden sollen Arbeiter desselben Betriebs, abhängige, jedem Einfluß des Unternehmers ausgesetzte Arbeiter entscheiden. Diese Mitarbeiter sind nicht unabhängig genug, um völlig unparteiisch Recht zu sprechen, und aus diesem Grunde kann ihnen auch ein klagender Arbeiter nicht dasjenige Vertrauen entgegenbringen, das er zu einem Richter haben muß. Und Mißtrauen gegen die Schiedsmänner des b. Fabrikgerichts hat in der That dazu geführt, daß das Gewerbegericht angerufen wurde. Aber auch aus einem anderen Grunde haben wir diese Schiedsinstitute zu bekämpfen, nämlich in Rücksicht auf die Gefahr allgemeiner Rechtsunsicherheit, welche entstehen würde, falls die Zulässigkeit und Rechtsgiltigkeit solcher privater Schiedsverträge anerkannt und dadurch solche Sondergerichte auch in anderen Betrieben eingeführt würden. Wir verweisen Eingangs auf die Abneigung der Unternehmer gegen die Gewerbegerichte, welche ein Analogon in der Propaganda der Innungsmeister für Innungsschiedsgerichte findet. Wird diesem Unternehmertum, vor Allen den großindustriellen Werken die Möglichkeit gegeben, sich durch Einführung privater Schiedsgerichte für den eigenen Betrieb der Zuständigkeit der Gewerbegerichte zu entziehen, so werden sie mit wahren Vergnügen von derselben Gebrauch machen und ihren Arbeitern bei Strafe der Entlassung Schiedsverträge aufzwingen, und in 9 von 10 Fällen wird keiner der abhängigen Schiedsrichter wagen, gegen den eigenen Arbeitgeber zu entscheiden, oder jeder geringfügige Streitfall würde zum casus belli, zur Ursache schweriger Differenzen. Dabei braucht übrigens kein Unternehmer so großmüthig zu sein, den Arbeitern die Wahl sämtlicher Schiedsrichter freizustellen; er kann die Hälfte aus seinen Fabrikbeamten ernennen und hat dann die doppelte Gewißheit, die Urtheile zu beeinflussen. Aus diesen Gründen verwerfen die Arbeiter derartige Schiedsverträge, umso mehr, als das Gewerbegericht bereits genügende Gelegenheit zu einem

gibt Leute, die aus übertriebenem Eifer, aus Haß gegen alle guten Neuerungen sich unter dem Schleier der Religion verhalten und die politische Klage stets wiederholen, durch Blitzableiteranlagen trete man der Gottheit und der Allmacht des Herrn zu nahe. Durch solche Sanktionen werden die Zeremonien der Kirche, das Wettersegnen, das Läuten der Glocken verächtlich, welche doch zu diesem Ziel und Ende durch das Gebet der Kirche jeheilig sind. Nichts ist beschwerlicher, als auf solche Einwürfe zu antworten. Geschieht nur der mindeste Widerspruch, so erhält man zum Lohn das Brandmal eines Freigeistes.“

Da nun die elektrischen Versuche nicht überall mit der nöthigen Vorsicht unternommen wurden, kamen auch Unglücksfälle vor. Aufsehen erregte in dieser Hinsicht der Tod des Professors Richmann in Petersburg. Er hatte auf dem Dach seines Hauses eine Auffangstange aufgestellt, die durch eine isolirte Leitung mit einer Leidener Flasche in seinem Studierzimmer verbunden war. Da aber keine Erdleitung vorgesehen war, so konnte bei einem schweren Gewitter ein Blitzschlag den an den Enden der Leitung Beobachtungen aufstellenden Forscher tödten. Dieser Unfall mußte nun wieder dazu herhalten, der Agitation gegen die Einführung des Blitzableiters zu dem Schlagwort vom „Blitzfänger“ zu verhelfen.“

Andereorts führte die übertriebene Furcht vor Blitzschlägen dazu, die Spitzen der Auffangstangen möglichst vielfach zu machen oder in Form eines Spitzentranzes auszubilden, eine Maßregel, von deren Werthlosigkeit man heute allgemein überzeugt ist. Aus allzu großer Vorsicht ging man dann auch so weit,

Vergleichsverfahren bietet. Sie verlangen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter als ersten Grundsatz der Rechtssprechung, und diese vermag kein Fabriksschiedsgericht von Unternehmers Gnaden zu garantiren. P. U.

**Zur Auktionsbewegung der englischen Maschinenbauer.**

C. London, 3. Dezember.

Die Konferenz kam am Freitag, den 3. Dezember, zum Schluß. Die Unternehmer haben sämtliche von den Arbeitern gemachte Vorschläge abgelehnt und es werden nun die von den Unternehmern gemachten Vorschläge den betreffenden Gewerkschaften zur Abstimmung vorgelegt, die bis zum 13. Dezember stattfindet, um am 14. Dezember den Unternehmern das endgiltige Resultat vorlegen zu können. Die in der 4., 5., 6. und 7. Sitzung diskutirten Punkte waren:

1. „Freiheit in der Frage, welche Arbeiter zu beschäftigen.“
2. Stückarbeit.
3. Ueberzeit.
4. Lohnsatz je nach Fähigkeiten.
5. Lehrlingsfrage.
6. Uebrigens wie Nr. 1.
7. Zukünftige Differenzen zu vermeiden.
8. Arbeitszeit.

Nachfolgend die gegenseitigen Vorschläge.

Zu Punkt 1:

Die Unternehmer den Arbeitern:  
Jeder Arbeiter verpflichtet sich, in Harmonie mit allen Mitarbeitern zu arbeiten, ob Unionist oder nicht.

Die Arbeiter den Unternehmern:  
Jeder Arbeiter verpflichtet sich, in Harmonie mit allen Mitarbeitern zu arbeiten, ob Unionist oder nicht, und jeder Arbeitgeber verpflichtet sich, keinen Unterschied zwischen Beiden zu machen, oder Nichtunionisten Unionisten vorzuziehen.

Die Unternehmer den Arbeitern:

a) Jedem Arbeiter soll frei gestellt sein, ob er einer Trade Union angehören wolle oder nicht.

b) Jedem Arbeitgeber soll freigestellt sein, Unionisten oder Nichtunionisten zu beschäftigen.

c) Jeder Arbeiter verpflichtet sich, in Harmonie mit seinen Mitarbeitern zu arbeiten, ob Unionisten oder Nichtunionisten.

Die Arbeiter an die Unternehmer:

Wie a und b, ohne c.

Die Unternehmer leuchten weitere Diskussion ab. —

Zu Punkt 2:

Die Unternehmer den Arbeitern:

Das Recht, Stückarbeit ausfertigen zu lassen, gegenwärtig von vielen Mitgliedern des Unternehmervereins freely in Anspruch genommen, soll auf alle Mitglieder des Unternehmervereins und Arbeiter ausgedehnt werden. Der Stücklohn soll zwischen dem Arbeitgeber und den betreffenden Arbeitern festgesetzt werden. Der Unternehmer-Verein will keine Stückarbeitsbedingungen unterstützen, die einem fähigen Arbeiter nicht mindestens den Tagelohn sichern. Der Unternehmerverein schlägt vor, daß Lohn und Ueberzuschuß durch das Komptoir bezahlt wird.

Die Arbeiter den Unternehmern:

Daselbe mit Weglassung des Wortes freely (freiwillig) und statt „betreffenden Arbeitern“ „betreffenden Arbeiters.“

Die Unternehmer nehmen mit Ausnahme des Streichens des Wortes „freely“ keine weitere Aenderung an.

Zu Punkt 3:

Die Unternehmer den Arbeitern:

Wenn Ueberzeit notwendig, schlägt der Unternehmerverein als Grundlage vor: Keiner soll mehr als 40 Stunden Ueberzeit innerhalb 4 Wochen über die gewöhnliche Arbeitszeit arbeiten. In folgenden Fällen soll jedoch Ueberzeit unbeschränkt sein. Stockung durch Unfall im Betrieb, Werkstatt-Reparaturen, Reparaturen oder Ersetzen von Arbeit-

die Wandflächen der Häuser mit Auffangstangen zu versehen, um dem Blitz den Eintritt durch die Fenster unmöglich zu machen. Diese Anordnung wird schon im Jahre 1770 vom Prof. Reimarus mit folgenden Bemerkungen abgethan: „Nicht zufrieden mit den über dem Dach angebrachten aufrechten und wagerechten Stangen hat man sogar verlangt, daß auch seitwärts an den Wänden bei jedem Stockwerk quer abstehende, zugespitzte, ja, noch besondere niederrwärts gegen die aufstrebenden Blitze gerichtete, mit Spitzen versehene Stangen befestigt werden sollten. Ein so starklich bewaffnetes Haus müßte dann wirklich ein fürchterliches Aussehen haben. Wenn dann auch die Bildsäulen und Zierrathen auf den Gebäuden mit abwärts stehenden Stangen bewaffnet werden sollen, so möchte ich ausrufen: O ihr Grazien!“

Soll eine Blitzableiteranlage ihren Zweck erfüllen, so muß die Spitze der Auffangstange das Gebäude überragen und durch eine gute Leitung mit der Erde verbunden sein. Die Ableitung soll im feuchten Erdreich endigen und mit den etwa vorhandenen Gas- oder Wasserleitungen verbunden sein, da diese die beste Bodenleitung bilden. Der Durchmesser der eisernen Luftleitung schwankt zwischen 12 bis 15 Millimeter. Wird dieselbe aus Kupfer angefertigt, so genügt eine Materialstärke von 8—10 Millimeter. Die Leitungen sollen in regelmäßigen Zwischenräumen von sachverständigen Leuten gründlich untersucht werden, da eine mangelhafte oder unterbrochene Blitzableiteranlage selbstverständlich keinen Schutz gewähren kann, sondern die Gefahr des Blitzschlages unnöthig vergrößert.

gleichviel ob für den Arbeitgeber oder den Kunden, Probe- fahrten. Änderungen an dieser Grundlage sollen nicht vor- genommen werden, es sei denn im Einverständnis des Ar- beitgebers mit den betreffenden Arbeitern. Diese Grund- lage soll nur die Mitglieder der vertretenen Unions be- treffen. Bestehende Beschränkungen in Betreff Ueberzeit sind abzuschaffen.

Die Arbeiter den Unternehmern: Da Ueberzeit nur in dringenden Fällen notwendig ist, und da die bestehenden Ueberzeits-Beschränkungen zur Zu- friedenheit in vielen Distrikten geführt haben, sind wir bereit, folgende allgemeine Bestimmungen anzunehmen: Kein Ar- beiter soll mehr als 18 Stunden Ueberzeit innerhalb vier Wochen arbeiten, ausgenommen bei plötzlichen Störungen, Probefahrten und Reparaturen an Betriebsmaschinen. Ueber- zeit soll jedoch so viel als möglich vermieden werden. — Die Unternehmer halten an ihrem Vorschlage fest.

Zu Punkt 4: Die Unternehmer den Arbeitern: (Fortsetzung folgt.)

Resumé der Verhandlungen.

Man verlangt von den Arbeitern, Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die auf Werken des Unternehmerverbandes vor Ausschluß der Differenzen bestanden, gleichviel ob die Union dieselben anerkannte oder nicht. Dem Unternehmer soll freie Hand gelassen werden, Unionisten auszuschließen, während die Trade Unions sich verpflichten wollen, in Har- monie mit allen Mitarbeitern zu arbeiten; die Arbeiter sollen als Einzelne und nicht durch die Trade Unions den Preis für Stückarbeit feststellen. Als Einzelne sollen sie mit dem Arbeitgeber über Ueberzeit unterhandeln. Sie sollen einwilligen, die Bezahlung des Arbeiters erfolge nach Fähigkeit, jedoch dem Arbeitgeber das Recht zuzugestehen, jeden Arbeiter den Lohn zu zahlen, den derselbe anzunehmen bereit ist.

Der Präsident des Handelsamtes, auf dessen Betreiben die Konferenz einberufen ist, sprach am Dienstag unter Anderem über den gegenwärtigen Streik in der Metall- industrie. Die Abnahme in der Ausfuhr sei dem Streik zuzuschreiben. In Bezug auf die Konferenz meinte derselbe, daß, obgleich die Stundenfrage nicht unwichtig sei, so sei dieselbe doch der unwichtigste Punkt (the least important Subject) auf der Tagesordnung der Konferenz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der für die englischen Maschinenbauer aufgetragenen Unterstützungsbeiträge geben wir bekannt, daß Gelder nach wie vor an die Adresse des Hauptkassiers, Ch. Werner, Stuttgart, Neckstr. 160/1, zu senden sind und stets auf den Postabschnitten der Zweck der Sendung anzugeben ist.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß im De- zember laut Statut § 14, Abs. 2 seitens der Verwaltungen dem Vorstand Neuvorschläge für die Gesamtortsverwaltung zu machen sind, und geben wir nachstehend die darauf be- züglichen Bestimmungen des Statuts bekannt. § 14, Abs. 2 lautet:

Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mit- gliedern, die von dem Vorstand ernannt werden. Zu diesem Zweck haben die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstellen dem Vorstand entsprechende Personen in Vorschlag zu bringen. Die solcher Art vorgeschlagenen Ortsbeamten sind in Mit- gliederversammlungen alljährlich im Dezember zu wählen. Der erste der Ortsbeamten überwacht und leitet die Gesamt- Ortsverwaltung (Bevollmächtigter); der zweite führt die Orts- kasse und die 3 Uebrigen haben die Kontrolle und die Revision auszuüben. Bei örtlichen Verwaltungsstellen von über 200 Mitgliedern kann die örtliche Verwaltung durch einen zweiten Bevollmächtigten und durch einen zweiten Kassierer ver- stärkt werden. Die Gesamtortsverwaltung ist für die Verbands- gelder persönlich haftbar, soweit ihr Kenntnis der nicht im Verbandsinteresse verwendeten Gelder nachgewiesen werden kann.

Die Vorschläge sind unter Angabe der Vor- und Ge- schlechtsnamen, der Hauptnummern der Mitgliedsbücher der Vorschlagenden und ihrer genauen Adresse möglichst um- gehend, jedenfalls so zeitig, nach hier einzuliefern, daß die Herausgabe des neuen Adressenverzeichnis in der ersten Hälfte des Monats Januar 1898 erfolgen kann.

Die Thätigkeit der neuen Ortsverwaltung beginnt mit dem 1. Januar 1898, und hat die bisherige Ortsverwaltung die Abrechnung des 4. Quartals 1897 fertigzustellen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr.

185654 des Metallbrüders Paul Karl Neubauer, geb. zu Ober-Fernersdorf am 13. August 1877.

186926 des Schlossers Gustav Ehedon, geb. zu Brodtpfecht am 1. August 1876.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckstr. 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Die Mitglieder Josef Brenner, geb. zu Pözlagen am 15. Oktober 1873, Buch Nr. 149 388, und Paul Skorupa, geb. zu Wittow am 29. Juni 1860, A. Nr. 76 032, werden hierdurch um Angabe ihrer Adresse gebeten.

Das Gleiche gilt von dem Former Martin Dresler, feinergeigerter Kassier der ehemaligen Verwaltungsstelle Trossing. Diejenigen Verwaltungen und Mitglieder, die zur Er- mittelung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

Quittung

über die vom 1. bis 30. November 1897 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandselder.

Von: Alfeld a. d. E. M 67,80. Altenburg 400. Altona 400,40. Aichersleben 30. Aue 60. Barmen 67,60. Berlin 7113,50. Bitterfeld 59,70. Brandenburg 800. Braunschweig, Schlosser 180. Breiten 180. Babelsberg 100. Cannstatt 100. Cassel 300. Chemnitz 690. Cöln a. Rh. Nord 13,35. Cöthen 55,88. Cottbus 110. Crimmitschau 170. Delmen- horst 16. Dessau 60. Dortmund 80. Döbeln 100. Dur- lach 175. Düsseldorf 150. Ebersfeld 50. Elbing 60. Erfurt 60. Do. Klempner 50. Essen 100. Fernersleben 73. Feuerbach 102. Flensburg 200. Frankenthal 150. Frank- furt a. M. 300. Freiburg i. B., Fahrradarbeiter 100. Frei- burg 40. Fürstenthal 135. Fürth, Schläger 500. Furt- wangen 38,70. Gabeln 80. Gassen 100. Gießen 25. Göttingen 200. Greiz 100. Groitzsch 75. Gustavsburg- Koftheim 111,60. Hamburg-St. Georg 100. Hameln 41,29. Hanau 50. Hannover: Allg. 400, Klempner 80. Harburg 538,78. Herzbrunn 60. Hildesheim 80. Hirschberg 0,30. Homburg v. d. Höhe 70. Höchst a. M. 33. Hülcho 40. Kulm- bach 63,74. Landau 13. Landsberg a. W. 70. Landsbut 34. Langensalza 19,65. Lauchhammer 30. Leipzig-West 450. Limbach 30. Linden: Allg. 250, Feilenhauer 12. Lübeck 213,60. Lüneburg 60. Magdeburg: Neustadt 100, Suden- burg 300, Wilhelmstadt 50, Klempner 100. Mainz 130. Mannheim 300. Mannheim-Waldhof 81,20. Meissen 47,30. Neufelwit 30. Mittweida 50. München: Former 100, Schlosser 400, Spengler 300. Neufahrweg 90. Neumarkt i. Vgl. 20,40. Neumühlen 80. Neumünster 73. Neustadt i. Mecklbg. 17. Nürnberg: Allg. 800, Glaschner 200, Roth- gießer 20. Offenbach 300. Oldenburg 50. Osnabrück 90. Pforzheim, F. H. 10. Postchappel 100. Rade v. Wald 30. Rathenow: Brillen- und Pincenzarbeiter 200, Ein- schleifer 80, optische Glaserarbeiter 50. Remscheid 70. Rößlau 20. Rostock 100. Sangerhausen 90. Selb i. Bay. 26,45. Speyer 30. Schleiz 39,71. Schmieding-Dooß 100. Schwein- furt 200. Schwelmigen 50,70. Straßburg i. Elz. 50. Stuttgart: Allg. 400, Former 171,45, Schmiede 78,11. Tor- gelow 75. Trazl 10. Begefac 45. Helbert 100. Verden 15,20. Wald Hmb. 100. Weiden 70. Wilhelmshaven- Bant 450. Witten a. Ruhr 41,85. Wittenberg a. Elbe 10. Zeitz 200. Zittau 21. Zwickau 10. Einzelmitglieder der Hauptkasse 300. Für: Erbschächer 1,60, Meißelbänder 3, Protokolle der 3. ord. Generalversammlung 118,20. Zurück- gezahlte Schuld von W. Bickwedl, Berlin 5.

Quittung

über die vom 1.—30. November 1897 eingegangenen Gelder für die streikenden Maschinenbauer in England.

Bestand vom 31. Oktober M 96,14. Von: Aachen 90. Altenburg 248,50. Altona 160. Aue 2. Augsburg 39. Barmbeck 100. Barmen 19. Bergedorf 46,85. Bielefeld: Feilenhauer 10, Former 32,30. Bitterfeld 14. Bochum 31,60. Bodenheim 60. Brandenburg 460. Braunschweig, Schlosser 233. Breslau: Allg. 50, Klempner 7. Babels- dorf 35,90. Cannstatt 79,32, darunter 34,32 Tellerammlung. Cassel 140. Centralcommission Blauescher Grund 228. Chemnitz 200. Cöln a. Rh. 50. Cöln-Nord 15,40. Cöln- Lindenthal 35. Copenick 35,75. Darmstadt 60. Dortmund 49. Dresden-M. durch F. H. 594. Dresden-N. 100, darunter 21,95 von Köditz. Dresden, Gewerkschaftsartikel 1872,75. Driesen a. d. Hege 2,50. Duisburg 8,60. Durlach 160, da- runter 17,30 von Aue h. D. Düsseldorf: Allg. 250, Dreher 40, Feilenhauer 7. Ehrenfeld 70. Eilenburg 27. Gims- hütel 29,20. Eisenach 10. Eisenberg 12,65. Elmshorn 12. Elbing 40. Erfurt 7,05. Erlangen 22,10. Eßen: Allg. 350, Klempner 30. Eßlingen 115. Frankfurt a. M. 20. Flens- burg 200. Frankenthal 68,95. Frankfurt a. M. 36,31. Freiburg i. B., Fahrradarbeiter 40. Freiburg 6. Fürstenthal 53,90. Fürth: Allg. 10, Schläger 19. Gassen 20. Gelsen- kirchen-Schalke 9,10. Schwab. Grund 20. Göttingen 9. Greiz 23,10, darunter 10,50 von einer öffentlichen Gewerks- chaftsversammlung. Groitzsch 11,20. Hagen 35. Hagsfeld 15. Hainetal 10. Halle a. S.: Allg. 175, Former 50. Hamburg: St. Georg 80, Belgießer 100, Klempner 100, Schlosser 300, Werftarbeiter 800. Hanau 0,80. Hannover: Klempner 56,40, Schmiede 30. Harburg 176. Heidelberg 30. Heilbrunn 20. Hildesheim 13,20. Hohenlimburg, G. Sch. 2,30. Homburg v. d. Höhe 7,20. Jätershausen 20. Jechow 10. Jena 25. Kaiserlautern 24,50. Kahle h. Jena 8 (gesammelt von den Gärtnern bei Meißel daselbst). Kalk 120. Karlsruhe 126. Karlsruhe, Schmiede 35. Karlsruhe- Mühlburg 20. Kiel 675, darunter von den: Malern 17,95, Maurern 75,30, Holzarbeitern 23,20, Metallarbeitern bei Prijsch 15,40, Schuhmachern 17, Werftarbeitern 26,80, Zim- merern 66,20, Landrecht 12,80. Landsberg a. d. Warthe 12. Landsbut in Bayern 8. Leipzig: Allgemeine 200, West 350. Lengsdorf i. B. 11. Leipzig 11,55. Linden: Allgemeine 110, Feilenhauer 30. Lübeck 51,55. Lübeck, Klempner 10,95. Ludwigshafen 100. Magdeburg: Neustadt 106,90, Sudenburg 226,86, Klempner 52. Naumburg 300. Mainz 170. Marburg 10. Meissen 28,95. Neufelwit 10,50. Minden 12. Mittweida 31. Nörthingen, Arbeiter-Berein 15. Nügeln (von Metallarb. zu Kieberschlag) 21,35. Mühl- hausen i. Thür. 17. Mülheim a. Rh. 60. München: Former 140, Schlosser 90, Spengler 200, Zinngießer 26. Muskau 12. Refran 7,50. Neumühlen 43,30, Neumünster 97. Nürnberg: Glaschner 47,20, Former 100. Oberstraße 11,45. Offenbach 50. Oldenburg 2,70. Oßesloe 49,50. Osnabrück 16,50. Osnabrück 50. Pegnitz 16. Peine 9,50. Pforz- heim 60. Plauen 20. Postchappel 108. Pries 221,17. Quecklinburg 15,25, darunter 4,55 für eine Träger. Rade v. Wald 13,55. Radeberg 4,05. Regensburg 15. Rath bei Düsseldorf von mehreren Metallarb. 5. Rathenow: Brillen- und Pincenzarbeiter 40, Einschleifer 11,30, optische Ein- arbeiter 10,70. Ravensburg 26. Regensburg 23,45, darunter 6,05 von den Bräuern daselbst. Remscheid 12,66. Rends- burg 51,25. Rößlau 11,25. Rostock 49,10. Rostock 9,20. Saalfeld 40,30. Sangerhausen 46,10. Selb i. Bay. 4,80. Solingen 17,50. Spremberg 10,95. Schleiz 6,90. Schleiß- berg 8,50. Schmiedel 19,35. Schramberg 7. Schweinfurt 9,60. Schwelmigen 9,60. Stettin 16. Stuttgart: Allgem. 181,50, Mechaniker 35,70, Glaschner 6,80, Lüdem 10, Kreis der Fabrikanten 50, Verein der Feizer und Postmeister 25, Soz-

Demokr. Verein Prag (Tellerammlung) 6, gesammelt beim Familienabend 4,50, Tellerammlung der öffentlichen Bew- sammlung 120,60. Triberg 17,10. Begefac 22,80. Belbert 80. Bismar (Schweiz) F. R. 1,81. Wald 22,99. Wands- beck 56. Weimar 15,50. Wilhelmshagen 55. Wilhelmshaven- Bant 14,30. Wismar 9,90. Witten a. Ruhr 16,25. Wriezen a. D. 18,60. Würzburg 20. Zeitz 50. Zeitz 18,75. Zeulen- roba 16,20. Zittau 9. Zuffenhausen 14,45. Zwickau Dr. B. R. 500. Zwickau 20,30. Summa M 15 176,02. Hiervon bis zum 27. November nach London, gesandt M 13 260. Ver- stand am 30. November M 1916,02.

Korrespondenzen.

Klempner.

Leipzig. In der am 24. Nov. im „Koburger Hof“ ab- gehaltenen öffentlichen Klempnerversammlung referierte Gen. W. Wittich über das Thema: Die Gewerkschaftsbewegung in England und Deutschland. Der Referent führte u. A. an, daß die englischen Trade Unions von den Kapitalisten gern als Musterknaben hingestellt werden, weil diese nur gewerks- chaftlich organisiert wären, obgleich dieselben von jeher auch politische Rechte verlangten hätten. Ferner brachte der Refe- rent den Beweis, daß zwischen gewerkschaftlicher und poli- tischer Organisation kein Unterschied bestehe, sondern beide Organisationsformen erst die eigentliche Arbeiterbewegung bilden, und es somit jedes Arbeiters Pflicht sei, beiden Organi- sationen anzugehören. Dieses wäre auch für die hiesigen Kol- legen notwendig; ebenso notwendig ist es, Abonement der „Leipziger Volkszeitung“ zu sein. Allerdings muß immer wieder konstatiert werden, daß bei Weitem noch nicht die Hälfte der hiesigen Kollegen dem D. M.-B. angehören und besonders diejenigen, die die besseren Stellen inne haben. Aus dem Bericht der Herbergskommission ist zu bemerken, daß Beschwerden betreffs der Herberge in dem in der Fremden- stube angebrachten Briefkasten schriftlich mit Namensunter- schrift und Wohnungsangabe niederzulegen sind. Hiernach gab die Werkstellenkommission einen Bericht über ihre ein- jährige Thätigkeit. Es haben 10 Versammlungen stattge- funden, eine mußte des „starren“ Besuchs wegen vertagt werden. Vorträge wurden gehalten: 4 gewerkschaftliche und 3 politische. Durch das Eingreifen der Werkstellenkommission wurden die im Frühjahr bei Wehrmann in Folge einer Lohn- reduktion ausgebrochenen Differenzen sofort beigelegt. Ferner wurde durch die Werkstellenkommission dem Kollegen Biela seine Ehre wiedergegeben; derselbe war angeschuldigt worden, auf Kosten der Kirche nach Leipzig gekommen zu sein. Bei der Abrechnung vom Streik bei Gienach & Co. war ein Ueberchuß von 90 M zu verzeichnen, welcher Betrag dem Unterstützungsfonds überwiesen wurde. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß sich die Organisation immerhin etwas gehoben, die Werkstellenkommission mithin ihre Pflicht gethan hat. Dieselbe hätte noch mehr thun können, wenn ihr die Kollegen sämtliche in ihren Werkstätten vorhandenen Miß- stände unterbreitet hätten. In die nächstjährige Werkstellen- kommission wurden gewählt die Kollegen: Meißbaum, Rauch- fuß und Fertlag; als Ersatzmänner: W. Vorfmann, Volkmar und Höber. Weiter wurde bekannt gegeben, daß am 12. Dez. Abends im „Koburger Hof“ ein gemütlicher Familienabend stattfindet, wozu sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen sind. Kollegen, welche noch nicht dem D. M.-B. angehören, können sich täglich im „Koburger Hof“, bis Abends 8 Uhr aufsuchen lassen; zugleich sei hiermit auf die sich dort be- findende reichhaltige Bibliothek hingewiesen.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Die ordentliche Generalversammlung der Ver- waltung Berlin fand am Sonntag, den 21. November im „Zentralpalast“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der seit letzter Generalversammlung verstorbenen Kollegen Pfeiffer, Schimner, Grünh, Wobig, Michaelis, Neuenhof, Knapp, Kippel, Wilh. Becker, Langfeld und Georg Schulz in üblicher Weise gedacht. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Juni bis 30. September 1897. Die Einnahmen betragen: an Beitrittsgeld von 3870 männlichen Mitgliedern M 1167, Beitrittsgeld von 100 weibl. Mitgl. M 20, 118 246 Beiträge à 20 M 23 649,20, 1135 Beiträge à 5 M, M 56,75, von der Liquidationskommission des Berliner Metallarb.-Verb. M 17 834,84, von der Liquidationskommission des Fachvereins der chirurgischen Branche M 1227,16, diverse Einnahmen, Bergnügen, Uraniavorstellungen M 1689,60, Gesamteinnahme M 45 644,55. Die Ausgaben betragen: Reiseunterstützung M 298,83, Rechtschutz 170, Streikunter- stützung 860, Unterstützung nach § 2c 213, an die Hauptkasse eingesandt 7113,50; Lokalausgaben: Vergütung der Orts- beamten M 1920, Porto und Schreibmaterial 95, Bibliothek- zweck 400, Hejerate 135, Gesamtverwaltung 322, Zeitungs- folportage 176,50, diverse, d. h. Ausgaben zu Bergnügen und Uraniavorstellungen M 2718,32 (Lokalausgaben zusammen 5766,82), Gesamttausgabe M 14 422,15, verblieb ein Lokal- kassenbestand von M 31 222,40. Der in die Hauptkasse ein- gegandte Betrag setzt sich zusammen aus 25 Prozent für ver- kaufte Beitragsmarken und dem vollen Betrag für Neuauf- nahmen; ausbezahlte Reiseunterstützung wurde hierbei nicht in Abzug gebracht. — Der Stand der Mitgliederzahl Berlins war: Vom Berliner Verband übergeschrieben 6200 männ- liche, schon vorhandene Mitglieder des D. M.-B. inkl. Regel- und Charlottenburger 1848 männl. und 42 weibl., vom Fach- verein der chirurgischen Branche übergeschrieben 125 männl., zugereißt 130 männliche, übergetreten von ausländischen Vereinen 44 männliche Mitglieder, vom 1. Juli bis 30. Sep- tember eingetreten 3570 männliche, 100 weibliche, zusammen 12 217 männl., 142 weibl., abgegangen 167 Mitglieder. Am 30. September Mitgliederbestand: 12 150 männl., 142 weibl. Bei 285 männlichen Mitgliedern wurden 1600 Stück beitrags- freie Marken, nach § 9 Abs. 2 des Statuts, gefolgt. Die Revisionen berichteten, Kasse und Bücher in Ordnung befun- den zu haben. Auf Antrag wurde der Rendant entlastet. Beim Kassenbericht wurde von verschiedenen Seiten gewünscht, daß die Liquidationen der besoldeten Verwaltungsbeamten in Zukunft wegfallen mögen, auch wurde ein dahingehender An- trag gestellt. Seitens der Antragsteller wurde hervorgehoben, daß man seiner Zeit, als die Besoldung der beiden ersten Beamten beschlossen und festgesetzt wurde, daß diese 165 M

pro Monat erhalten sollten, angenommen, daß die weiteren Liquidationen derselben aufhören würden. Es wurde hierauf von Vitfin erwidert, daß wohl Niemand verlangen könne, daß er von dem Gehalt, welches er beziehe, auch die außerordentlichen Ausgaben, welche ihm bei Regelung von Werkstatt-differenzen und täglichen Versammlungsbesuchen entstehen, decken solle. Jahrgeld, welches er bei derartigen Gelegenheiten zu vorausgaben gezwungen sei, müsse ihm auf alle Fälle doch zurückerstattet werden; außer seiner Tätigkeit als Bevollmächtigter verwalte er die größte Zahlstelle, hier seien Manfos nicht ausgeschlossen, diese müsse er schon von seinem Gehalte decken. Es werde im Uebrigen auch nur ein geringer Bruchtheil von dem liquidirt, was ihm an Extraausgaben für seine Tätigkeit nach Schluß des Bureaus im Interesse des Verbandes erwachsen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag abgelehnt; die besoldeten Beamten haben demnach das Recht, für Extraausgaben zu liquidiren. Ein weiterer Antrag, bei späteren Kassenberichten die Liquidationen der Verwaltungsmittelglieder zu spezialisiren, wurde ebenfalls abgelehnt. Des Weiteren wurde der früher in einer Konferenz und auch zur Versammlung gestellte Antrag, „die Kassenberichte den Mitgliedern gedruckt zu überreichen“, abgelehnt, dahingegen beschlossen, „daß alljährlich ein gedruckter Rechenschaftsbericht über die Gesamttätigkeit der Verwaltung“ den Mitgliedern gegeben werde. Von der Ortsverwaltung war der Antrag gestellt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, denjenigen Mitgliedern der Verwaltung Berlin, welche im Verband mindestens 52 Wochen Beiträge gezahlt, wird auf Grund des § 2c, sofern sie durch die schwarzen Listen der Unternehmer länger als 3 Wochen außer Arbeit sind, eine Unterstützung von wöchentlich 9 M für Verheirathete und 6 M für Ledige, bis zur Dauer von sechs Wochen gewährt, eine weitere Unterstützung kann dann erst wieder nach Ablauf von 26 Wochen gezahlt werden.“ Für weibliche Mitglieder gilt dieselbe Regel, die Unterstützung wird prozentual den sonst üblichen gemäß gewährt. Auf Kollegen, welche durch ihre agitatorische Tätigkeit für den Verband gemäßregelt werden, soll dieser Antrag keine Anwendung finden, für diese sind die früher gefaßten Beschlüsse maßgebend. Der Bevollmächtigte motivirte diesen Antrag, nachdem gelangte derselbe zur einstimmigen Annahme. Ein weiterer Antrag der Ortsverwaltung: „Einstellung eines vierten besoldeten Beamten“, gab zu längeren Auseinandersetzungen Anlaß. Vitfin und Pehold legten die Gründe dar, welche zur Stellung dieses Antrages geführt. Bei der Verschmelzung beider Verbände habe man angenommen, daß die Arbeiten durch drei Personen bewältigt werden könnten, es habe sich aber herausgestellt, daß dieses unmöglich sei; die Arbeiten haben sich gegen früher verdoppelt, der Rentant kann jetzt unter keinen Umständen mehr auf eine Hilfskraft für seine speziellen Verbandsgeschäfte verzichten. Es sei seiner Zeit wohl ein Hilfsarbeiter eingestellt worden, welcher dem Rentanten beim Einsteuern behilflich ist, es kommt aber sehr häufig vor, daß der Bevollmächtigte durch Verbandsgeschäfte verhindert wird, im Bureau anwesend zu sein, alsdann hatte der Hilfsarbeiter die Vertretung zu übernehmen. Die Folge davon war, daß die Arbeiten des Rentanten wieder zurückbleiben mußten. Ferner kann der Hilfsarbeiter nur 4 Tage zur Hilfe herangezogen werden, da dieser mit Expedition der Zeitung 2 Tage gebraucht. Bis zur Stunde sei es nicht möglich gewesen, nur ein einziges Mitglied dem Hauptvorstande zu melden, auch diese Arbeit müsse begonnen werden. Der Rentant habe alles Mögliche versucht, die Arbeit zu bewältigen, habe des Abends bis 9 auch 10 Uhr und regelmäßig Sonntags gearbeitet, trotzdem sei es nicht möglich, dieselbe zu schaffen. Deshalb wird von der Verwaltung die Einstellung eines vierten besoldeten Beamten empfohlen und zwar möge dieses der 2. Bevollmächtigte sein; dieser solle dann die bisherigen Arbeiten des Hilfsarbeiters, wie auch die Vertretung des Bevollmächtigten, während dessen Abwesenheit übernehmen. Dem Kollegen Pehold solle dann ferner der jetzige Hilfsarbeiter zur Seite stehen. Was nun die Kosten der Verwaltung betrafte, so seien diese nicht so hoch wie von verschiedenen Seiten behauptet wird; nach genauer Berechnung würde die Gesamtverwaltung zu 10 Prozent, nach Einstellung des vierten Kollegen, kosten. Auf diese Ausführungen hin wurde von verschiedenen Seiten auf die von Vitfin vor einiger Zeit ausgesprochene Ansicht, „daß man wohl sehr gut mit drei Personen die Arbeit bewältigen, und wenn die Umschreibung vollzogen, Alles wieder geregelt sei, die vorerwähnten Arbeiten eventuell wieder durch zwei Kollegen erledigt werden könnten“, Bezug genommen. Verschiedene Kollegen sprachen ihre Verwunderung über den Wechsel der Ansichten aus und beantragten Ablehnung des von der Verwaltung gestellten Antrages. Nachdem Vitfin Verschiedenes widerlegt und den Wechsel seiner Ansicht nochmals klar gelegt, wurde zur Abstimmung des Antrages: „Einstellung eines vierten Beamten“ geschritten und dieser gegen 20 Stimmen angenommen. Der Antrag, den 2. Bevollmächtigten mit 165 M pro Monat zu besolden, wurde gegen 30—40 Stimmen angenommen. Zugleich wurde beschlossen, das Gehalt des Hilfsarbeiters dem der besoldeten Beamten gleich zu stellen und das Gehalt auf 165 M erhöht. Pehold fragt an, wie es mit den Manfos wäre, ob sämtliche Beamte hierin gleichmäßig partizipiren sollen. Diese Angelegenheit soll in nächster Versammlung zur Tagesordnung gestellt werden.

**Sarubach.** In der Versammlung vom 9. Nov. rügten Fiedler und Prub das Verhalten des Kollegen Kesselring, da derselbe sein Amt als Kartelldelegirter vernachlässigte; es wurde beschlossen, einen anderen zu wählen. Kollege Körner wurde gewählt. Als provisorischer Kartelldelegirter berichtet derselbe über die Arbeitsverhältnisse der Zivillibrauerei. Es ist beschlossen worden, dieses der Kommission zur nochmaligen Verhandlung zu überweisen. Alsdann wurde zur Verhandlung des Kartellregulativs geschritten. Hierüber entspannen sich lebhafteste Debatten und wurde der Kartelldelegirte beauftragt, dafür zu stimmen, daß die Urträge der Holzarbeiter dem Regulativ einverleibt werden. Zur Abrechnung zum Kopenhagener Streik berichtet Fiedler, daß noch etliche Sammellisten ausstünden und bisher 150.40 eingegangen wären. Kollege Junge fordert die Versammlung auf, sich rege an den Sammlungen für die englischen Maschinenbauer zu beteiligen. 3 Kollegen wurden in's Festkomitee zum gemeinschaftlichen Wintervergügen gewählt.

**Frankenthal.** In der Eisengießerei von Zimmermann, genannt „Eisenhütte“, trug sich folgender Fall zu. In genannter Fabrik arbeitet seit drei Wochen der Arbeiter

Bernad. Bei seinem Eintreten in die Fabrik wurde ihm in keiner Weise bedeutet, wie die Lohnverhältnisse oder anderen Einrichtungen beschaffen sind. Beim ersten Lohn-tage fehlten B. 18,5 Stunden, was einen Lohnausfall von beinahe 5 M ausmachte. Als nun der Arbeiter an anderen Tagen vorstellig wurde, sprach man, er solle Abends kommen, wenn Herr Zimmermann da wäre. Abends war Herr B. nicht da und so mußte der Arbeiter warten bis zum nächsten Tage. Als nun der Arbeiter zum dritten Male und zwar im Beisein des Herrn Fabrikanten seinen Lohnrest verlangte, wurde ihm gesagt, der rückständige Lohn sei auf dem nächsten Lohnstage gutgeschrieben. Der Arbeiter machte nun dem Herrn begreiflich, daß er sein Geld notwendig brauche, und es sei ja verdienter Lohn. Da schrieb Herr Zimmermann: Sie haben gekündigt, Buchhalter, notiren Sie den Mann gleich an der Tafel, hier haben Sie Ihr Geld usw. Dies zeigt so recht die Humanität des Herrn Zimmermann. Wir könnten noch mit weiterem Material dienen und hauptsächlich von einem Drehermeister Namens Kiegnier berichten, auch von den Formern genannter Fabrik, was wir diesen selbst überlassen wollen, indem ja verschiedene der Organisation der Formern angehören. Der obige Fall wurde in der Mitgliederversammlung besprochen und der Beschluß gefaßt, die Sache in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

**Gießen.** In der Versammlung am 2. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Dreher Gustav Krausch als Bevollm., Spengler Georg Dahmer als Kassier, Spengler Heinrich Lich, Spengler Friedrich Binz und Dreher Gustav Krüger als Nebjoren. Bei „Verschiedenes“ wurde beschlossen, alle vier Wochen eine gemeinschaftliche Versammlung abzuhalten. Die erste findet am zweiten Donnerstag im Januar statt. — Der Bevollmächtigte wohnt Wettergasse 5, III, der Kassier Dahmer, Krosdorferstr. 13, III.

**Hannover.** Am 30. November fand eine von etwa 120 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung im großen Saale des Ballhofes statt. Zum 1. Punkt: „Wie stellen sich die Metallarbeiter Hannover-Gubens zur Wahl eines Vertrauensmannes und welche Funktionen hat derselbe zu verrichten?“, hatte Kollege Behle das Referat übernommen. Redner gab der Versammlung in klaren Worten ein Bild von den Arbeiten und Pflichten des Vertrauensmannes, dabei hervorhebend, daß es vor allen Dingen Aufgabe desselben sei, Fühlung mit sämtlichen an Orte, sowie in der Provinz bestehenden Metallarbeiterorganisationen zu nehmen. Auf diese Weise könnte der Vertrauensmann ein Mittelpunkt für sämtliche Beschwerden usw. in unseren Bezirken werden. Daß es an Mißständen an Orte nicht fehlt, zeigte Redner an verschiedenen Beispielen. An der Diskussion beteiligten sich hauptsächlich die Kollegen Vormann, Brandt, König und Unkelbach, welche sich (mit einzelnen Ausnahmen) mit dem Referenten einverstanden erklärten. Deyer tadelt hauptsächlich die Lindener Kollegen, welche sich an der Versammlung nicht beteiligten, indem er ausführt, daß sie durch ihr Verhalten geradezu hinderlich für ein Zusammenarbeiten an Orte wirken. Nachdem das für und Wider genügend besprochen, wurde schließlich ein Antrag des Kollegen Schäl angenommen, welcher besagt, daß die Wahl des Vertrauensmannes auf der demnächst stattfindenden Provinzialkonferenz kollegial werden soll. Zugleich wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, welche diesen Beschluß ausführen soll. Zum dritten Punkt wurden zwei Delegirte und zwei Ersatzmänner in das Gewerkschaftskartell gewählt. — Nach dieser Versammlung zu urtheilen, könnte man glauben, daß die Hannover'schen Kollegen auf Hosen gebettet sind, da sogar von den Organisirten nur ein kleiner Bruchtheil anwesend waren. Daß dem aber nicht so ist, beweisen die Löhne von Schlossergesellen im Betrage von 2 M täglich und noch darunter. Wenn werden die Kollegen hier endlich einmal einsehen, wohin sie gehören, zumal hier die Kühnemänner und Kon-sorten mit Hochdruck arbeiten.

**Hilberstadt.** In der am 27. November abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde der Streik bei der Firma Kühne & Kuhl hier für beendet erklärt. Die Fabrikanten ließen sich auf keine Verhandlungen ein, trotz der trübten Erfahrungen, welche dieselben während der Dauer des Streiks gemacht haben, und so blieb den Arbeitern weiter nichts übrig, als sich nach anderer Arbeit umzusehen. Bis zum 27. November waren alle Streikenden in der näheren und weiteren Umgegend untergebracht. Empfohlen würd. es sich, wenn die Hufe noch eine Weile gesperrt bleibt. Bis jetzt haben nur einige Arbeiter angefangen, von denen welche am 29. Oktober die Arbeit niederlegten, hat kürzlich ein junger Schlosser wieder angefangen. Derselbe war zwar auch abgereicht, kehrte aber schleunigst zur Wama zurück und da er nirgends andere Arbeit erhielt, kehrte er wieder bei Kühne & Kuhl ein. Es scheint fast, als ob es wahr wäre was man sich hier zuspitzet, nämlich, daß die Firma durch Aus-hängung des fröhlichen Ulfases den Streik probozirt hätte, um die Arbeiter los zu werden. Die Zukunft wird es ja lehren, wir werden auf die fernere Entwicklung der Dinge bei der Firma ein wachsam Auge haben und später darüber berichten. Wir lassen hier gleich die Abrechnung folgen. Ein-nahme: Auf Sammellisten 157,80, vom Kartell 100 vom Verband 95, Summa 352,80. Ausgabe: An Unterstützung 275,50, Porto u. 2,20, an das Kartell zurück 75,10. Sa. 352,80. Wir bemerken, daß noch einige vom Kartell ausgegebene Listen ausstehen. Es werden aber nur unerhebliche Beträge sein, sonst wären die Listen schon abgegeben.

**Leer.** Um den Wünschen unserer in Ostfriesland und Umgegend zerstreut wohnenden Mitglieder entgegenzukommen, wollen wir Einiges aus unserer Gegend berichten. In Leer ist das Interesse an den Bestrebungen der Organisation und in Folge dessen der Mitgliederbestand im letzten Jahre gewachsen. Auch hier haben viele Kollegen, die die Vortheile der Organisation noch nicht erkannt haben, uns wieder den Rücken gekehrt. Aber auch sie kommen wieder, dafür sorgen ihre Arbeitgeber. Trotzdem ist der bessere Theil der Arbeiter organisiert. Dasselbe ist in Norden der Fall, und segt den Mitgliedern dort der rechte Zusammenhang, weil sie kein Besal zu Versammlungen empfangen können. Mit Energie und gutem Willen wäre auch diesem Leide abzuhelfen, stark genug sind die Kollegen dazu. Nicht so gut sind die Verhältnisse in Papenburg und den anderen Städten. Obwohl die Arbeits- und Lebensverhältnisse die denkbar schlechtesten sind, es immer nur wenige Fremde, die dort organisiert sind. Noch weniger ist das der Fall auf dem

Land, wo der Meister mit einem Gesellen und 2—3 Lehrlingen arbeitet und nebenbei Landwirtschaft betreibt. Im Sommer beginnt die Arbeit um 5 Uhr Früh und endet, nur durch die Essenszeit unterbrochen, um 8 Uhr Abends. Dann geht's noch auf's Feld oder auf die Wiesen bis in die Nacht hinein. Der Lohn beträgt 6—8 M die Woche. Der Arbeiter in den Städten kann, wenn er Familie hat, von seinem Arbeitsverdienst nicht leben und ist gezwungen, nebenbei Ackerbau zu treiben. Früh, bevor es tagt, und des Abends nach der Arbeit eilt er auf's Feld und am Tage muß er sich in der Fabrik daran halten, denn die Akkordsätze sind so gestellt, daß nur bei äußerster Anstrengung etwas zu verdienen ist und auch dann noch nicht immer. Sind ihm nämlich die Vorgelegten nicht günstig, dann erhält er Arbeit, woran er trotz aller Mühe nichts verdient. Kommt es doch häufig vor, daß gute verheirathete Arbeiter mit 15—18 M in 12 Arbeitstagen nach Hause gehen. Die Frau zu Hause glaubt es nicht, daß der brave christliche Arbeiter ihn nur so wenig hat verdienen lassen, sie meint, er hat selber Schuld daran, er hat gebummelt. Der Arbeiter greift zur Schnapsflasche und verschlechtert dadurch nur seine Lage noch. Sind auch nicht in allen Betrieben die Verhältnisse so schlimm und gelingt es den Arbeitern bei schwerster Anstrengung etwas über ihren Lohn zu kommen, flugs ist man mit Deduktion der Akkordsätze bei der Hand. So fortgesetzt beunruhigt wird der Arbeiter zum Wackenden gebracht, er hört von den Erfolgen der Organisation, er tritt dem Verbands bei und hier wird ihm zu seinem Recht verholfen. Kollegen Ostfrieslands, die Ihr eingesehen, daß nur durch die Organisation unsere Lage gebessert werden kann, wirkt für die Ausbreitung des Verbandes!

**Lübeck.** In Nr. 48 der „M.-Z.“, Seite 6, Spalte 3 muß es in dem Bericht von der Konferenz in Neumünster nicht heißen: In Lübeck sei ein Rückgang der Mitgliederzahl in den letzten beiden Jahren eingetreten von 880 auf 650, sondern die Mitgliederzahl in Lübeck hat sich in den beiden letzten Jahren bedeutend gehoben. Vor zwei Jahren waren es 180 und jetzt ca. 650. Dem Schreiber dieses ist es unbegreiflich, wie dem Schriftführer ein solcher Fehler unterlaufen konnte, da derselbe doch ziemlich deutlich auf der Konferenz gesprochen zu haben glaubt.

**Ludwigsburg.** Am 27. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Reichelt-Stuttgart über wirtschaftliche Interessenkämpfe in der bürgerlichen Gesellschaft referirte. Die Versammlung war aber trotz eifriger Agitation sehr schlecht besucht, es waren im Ganzen 8 Metallarbeiter und 12 Angehörige anderer Berufe anwesend. Angesichts solcher Thatfachen sollte man meinen, daß die hiesigen Metallarbeiter auf Hosen gebettet wären und gar nichts mehr zu wünschen hätten. Dem ist aber nicht so. Der Durchschnittslohn für Flaschner beträgt 15 M wöchentlich bei 11stündiger Arbeitszeit, ja, es sind Fälle bekannt, in welchen Flaschner mit 9 und 12 M ausbezahlt worden sind. Es wäre deshalb hohe Zeit, daß sich die hiesigen Metallarbeiter aufrufen und sich ihren organisirten Kollegen anschließen würden, um bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

**Mühlhausen i. G.** Unentgeltliches Auskunftsbureau in gewerblichen Streitigkeiten, sowie Vertretung vor dem Gewerbegericht. Die Ortsverwaltung des D. M.-V. macht hierdurch bekannt, daß sie obiges Bureau im Gute Nietzmüller, Ecke der Franklin- und Belfortstraße errichtet hat. Sprechstunde jeden Wochen-abend, mit Ausnahme Dinstags und Freitags zwischen 8 und 9 Uhr. Die Organisation gelangte zur Errichtung einer solchen Auskunftsstelle von folgenden Erwägungen ausgehend: 1. Obwohl ein städtisches Auskunftsbureau besteht, hat die Erfahrung bis jetzt gelehrt, daß zu denselben für gewerbegerichtliche Fälle nicht das nöthige Vertrauen herrscht und glaubt der Verband mehr dadurch zu erreichen, wenn er in Gewerbegerichtssachen selbst Auskunft ertheilt. 2. Da eine Vertretung durch Vermittlung des ersten ausgesprochen ist. 3. Da unser Bureau sich besser in die Verhältnisse eines Kollegen hineindenken kann. Die seit längerer Zeit am Gewerbegericht gesammelten Erfahrungen hatten das Ergebnis, daß durch genügende und bessere Auskunft an die Arbeitnehmer dem Gewichte viel Arbeit erspart worden wäre und manche Urtheile günstiger für die Arbeiter ausgefallen sein würden. Das Bureau wird nun bestritt sein, abreisenden oder sonst abgehaltenen Kollegen und Arbeitnehmern auf eine raschere, sichere und vollständige Weise zu ihrem Rechte zu verhelfen, insbesondere Auskunft zu ertheilen, wann und wo Belege, Zeugen, Sachverständige usw. nöthig sein dürften, wie schriftliche Klagen einzugeben sind usw. Es wird sich endlich bemühen, die Arbeitnehmer vor ausichtslosen Klagen zu bewahren resp. dieselben von dem Herbeiführen ausichtsloser Gewerbegerichtsurtheile abzuhalten. Der Metallarbeiter-Verband legt hiermit den Arbeitern Mühlhausens nahe, sich die hier dargebotenen Vortheile nicht entgehen zu lassen und durch lebhafteste Zuanpruchnahme der neugeschaffenen Institution derselben zu der ihr gebührenden Bedeutung zu verhelfen.

**Mühlhausen i. G.** Am 8. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Soll die Sperre in den Röve-Fahrradwerken, Aktiengesellschaft, vormalig Gustav Walthers u. Ko., weiter bestehen und welche Schritte sollen gethan werden? In dieser Versammlung war auch der Arbeiterausschuß genannter Fabrik als Vertreter der Firma anwesend und haben diese Herren wieder einmal gründlich bewiesen, wie sie es verstehen, Arbeiterinteressen zu vertreten. Als ihnen der Spiegel vor das Gesicht gehalten und sie darauf aufmerksam gemacht wurden, inwieweit sie bisher ihre Pflicht gethan und versäumt hatten, suchte der Obmann, Herr Köthe, das Weite. Da Herr Köthe sich als Wortführer des Ausschusses aufgepielt hatte, waren die übrigen Mitglieder gezwungen, selber zu sehen, wie gut und wie schlecht es ihnen gelinge, sich aus der Patzche zu ziehen. Und schlecht genug ist es ihnen gelungen, denn es wurde an diesem Abend der Beweis geliefert, daß Vorarbeiter Hahn (Dreher), welcher drei Mann in seiner Kolonne beschäftigt, in 14 Tagen 186 M mit diesen drei Mann verdient hatte. An genannte drei Mann zahlte Hahn 88 M und 100 M heimste er für seine hochwohlwollende Person ein. Man sieht hier an diesem Beispiel, ein Vorarbeitermagen kann mehr als drei andere vertragen. Leider muß man diese Wahrnehmung oft genug machen; die Herren Direktoren fühlen sich nicht bemüht, in derartigen

Fällen einzugreifen, ebensowenig der Arbeiterausschuß, welcher sich stets entschuldigend: „Uns sind keine Fälle bekannt.“ Dieser Fall wurde ihm aber bekannt gegeben, jedoch sind bis dato auch in diesem Fall noch keine Schritte gethan worden. Kollegen, daran könnt Ihr sehen, daß Ihr verpflichtet seid, selber Hand an's Werk zu legen. Tretet ein in die Organisation. Mann für Mann, und Ihr werdet sehen, die Zeit ist vorüber, wo Ihr in 14 Tagen mit 10 bis 12 M zu Hause gehen müßt. — Die Abstimmung betreffs Sperre ergab das Resultat, selbige weiter bestehen zu lassen.

**Neustadt a. d. Odt.** Am 27. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu der Kellereimaschinenfabrik von Liebrich u. Söhne.“ Diese Fabrik hat schon mehrmals Anlaß gegeben, die in ihr bestehenden Mißstände in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Allerdings, wenn dieses geschah, sah sich Herr Liebrich angegriffen und erschien dann in einer arbeiterfreundlichen Weise. Dieses war auch im Sommer der Fall, Herr Liebrich suchte sich so schnell wie möglich wieder mit seinen Arbeitern zu einigen, aber der Friede war nicht von langer Dauer, der alte Schlenkerian rief wieder ein. Diese Fabrik beschäftigt 22 Arbeiter und bezahlt Stundenlöhne von 24—26 M für Schlosser. Dabei gibt es Strafen von 1 M und noch höher. Die Fabrik hat keine Arbeitsordnung. Mit den Schutzvorrichtungen ist es sehr schlecht bestellt, denn in der ganzen Fabrik ist nicht eine Schutzbrille vorhanden. Und wenn die organisierten Arbeiter etwas Remedur schaffen wollen oder wenn Herr Liebrich erfährt, daß die Betreffenden dem Metallarbeiter-Verband angehören, dann werden sie sofort entlassen. Die Versammlung hat einstimmig beschlossen, über diese Fabrik die Sperre zu verhängen. Der Zugang von Schlossern und Drechern ist streng fernzuhalten.

**Münchberg.** (Rothgießer, Gürtler und Metallarbeiter.) Am 27. November hielt unsere Sektion ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Gubner hielt einen 1 1/2 stündigen wohlbedachten Vortrag. In reichem Material wies Redner nach, welche miserablen Zustände in hiesigen Metallgießereien und Werkstätten vorhanden sind, und wie denselben abgeholfen werden kann. Sämtliche Redner, sowie der Referent betonten im Schlußworte, daß es nicht nur genüge seinen Beitrag zu zahlen, sondern es sei Grenzpflicht eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen und für möglichste Weiterverbreitung des Verbandes zu agitieren. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß am 18. Dezember die nächste Mitgliederversammlung mit Auswahl der Ortsverwaltung stattfindet, und forderte die Kollegen auf, in allen Werkstätten dafür zu sorgen, daß diese Versammlung unserer Mitgliederzahl entsprechend besucht wird.

**Nordhausen.** Am 27. November fand hier in „Stadt Berlin“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung „Rechte und Pflichten des Arbeiters aus dem Arbeitsvertrag“ statt. Das Referat hatte Kollege Leber aus Jena übernommen. Derselbe behandelte in seinem Vortrage das Unfallversicherungs-, sowie das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz. An der Hand einiger trauriger Fälle, bei denen Arbeiter durch ihr Verschulden in ihrem Rechte geschmälert wurden, führt der Redner aus, daß es für jeden Arbeiter unerlässlich sei, die Gesetzesvorschriften zu kennen, um sich so vor Schäden zu bewahren. Bei „Verschiedenes“ wurden von mehreren Kollegen einige Mißstände angeführt. Besonders die mangelhaften Wascheinrichtungen, sowie ungenügende Belüftung der Zugänge nach den Werkstätten wurden scharf kritisiert. Nachdem der Referent noch betont, daß es nur durch die Macht der Organisation möglich sei, Abhilfe zu schaffen und zu einer kräftigen Agitation angefordert wurde, schloß der Vorsitzende die leider nur schwach besuchte Versammlung. Selbst ein großer Teil der Mitglieder hatte es nicht für nötig gehalten, zu erscheinen.

**Offenbach a. M.** Am 24. November fand im Restaurant Steinhof eine Vertreterversammlung der in der Bombach'schen Kunstgießerei beschäftigten Arbeiter statt, um über die schon seit einiger Zeit schwebenden Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu beraten. Von einem Kollegen wurden die dort herrschenden Verhältnisse beleuchtet. Es sei, führte Redner aus, dort ein Lohnsystem gang und gäbe, welches auf die Dauer für den Arbeiter immer unhaltbarer werde, denn es sei keinem der dort beschäftigten Arbeiter möglich, sich aus dem Bombach herauszuschlagen, da die Affordpreise unter aller Kritik stehen. Die Arbeiter erhalten Samstags Vorkauf und es sei gar nichts seltenes, daß einem Arbeiter Arbeit verweigert wird, an welcher er mitunter noch 8 und 10 Tage zu schaffen habe, und diese Zeit dann eigentlich ungenutzt arbeiten müße, wie es ja Herr Bombach thätiglich auch von 3 ausgetretenen Arbeitern verlangt hat, so daß dieselben gezwungen waren, Herrn Bombach durch das Gewerbegericht eines besseren belehren zu lassen. Sämter festzustellen sei auch für jeden Einzelnen, wie tief er im sog. Sauerbrant stehe, da in diesem Geschäft, bezw. der Lohnkammer und dem Geschäft der Arbeit, eine Durchführung herrsche, welche einer laienmännlichen Geschäftsführung nicht entspricht. Es würde den Arbeitern auch gar keine Zeit gelassen, die Lohnbücher zu kontrollieren, denn meistens würden die Bücher kurz vor 7 Uhr gebracht, und damit haben wieder abgeholt. Wie hoch sich die Löhne stellen, konnte durch ein vorgelegtes Lohnbuch festgestellt werden, nach welchem ein gelernter Würtler, und nebenbei ein guter Arbeiter, auf den herrschenden Durchschnittslohn von 2,70 M pro Tag bei 4 1/2 stündiger Arbeitszeit kommt. Was nun die Bezahlung der Arbeiter im Bombach'schen Geschäft anbelangt, so wird dieselbe wohl am besten durch den vom Redner des Herrn Bombach je beliebigen Ausdruck: „Was's nicht paßt, den jämerst man einfach raus!“ illustriert. Ein demütiger Ausdruck dient ja den Arbeitern recht gut als Maßstab der Bildung der Herren aus der sogenannten besseren Kreise, welche mit unflätlicher Verachtung auf die Arbeiter herabsehen, auf diese Arbeiter, welche durch ihrer Hände Fleiß diesen Herren ihre Wohlthäter sind. Die Vertreterversammlung war von allen dort in Arbeit befindlichen Kollegen besucht, ein sicheres Zeichen, daß die Bombach'schen Arbeiter nicht getrennt sind, in Zukunft unter derartigen unzumutbaren Verhältnissen zu leiden.

**Hofschappel.** Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 28. November im „Deutschen Haus“ in Hof-

schappel statt. Auf der Tagesordnung stand: Was hat der D. M. V. bisher geleistet und welche Anforderungen können wir an ihm stellen? Kollege Hollar hielt hierüber einen zweistündigen inhaltsreichen Vortrag. Er führte uns vor Augen, wie sich dieser Verband entwickelt, was er seit seiner Gründung geleistet hat und welchen hohen Anforderungen er in der letzten Zeit Genüge leisten mußte. Er kam zu dem Schluß, daß nur ein großer Industrieverband, wie der D. M. V., geeignet ist, die Lage der Metallarbeiter zu verbessern. Redner forderte die Anwesenden auf, unablässig für den Verband zu agitieren, ihm neue Streiter zuzuführen. In der Debatte wurde der immerwährend stau Besuch der Versammlungen beklagt und den Kollegen an's Herz gelegt, für die nächste Versammlung besser zu agitieren, denn es ist doch ein schlechtes Zeugniß für den industriereichen Blaun'schen Grund, wenn von ungefähr 3000 hier wohnhaften Metallarbeitern nur 50—60 die Versammlungen besuchen. Bei „Gewerkschaftliches“ wurde der Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer gedacht und die Kollegen ermahnt, den Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, wonach jeder organisierte Arbeiter 25 M pro Woche an die englischen Maschinenbauer abzugeben hat, hoch zu halten.

**Havensburg.** Am 14. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit dem Thema: Freie und christliche Arbeiterorganisation. Gen. Alexander Schlöde-Stuttgart referierte hierüber. Er legte in einstudiger Rede den Zweck und den Nutzen der freien Arbeiterorganisation und den der christlichen Arbeitervereine dar und verbreitete sich über die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine und über die verschiedenen Streiks. Zum Schluß wurde noch eine Tellerammlung zu Gunsten der englischen Maschinenbauer veranstaltet. Die Versammlung war gerade nicht zum besten besucht. Bevollmächtigter Vogt forderte noch alle Anwesenden auf, welche noch nicht im Verbande sind, demselben beizutreten.

**Stralsund.** In einer am 27. November abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die von 200 Personen besucht war, sprach Kollege Hollar über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stralsunder Metallarbeiter im Vergleich zu denen anderer Orte in der Provinz. Nach einer von 16.000 Metallarbeitern aufgenommenen Statistik der Provinzen Brandenburg und Pommern stellt Referent fest, daß Stralsund einer derjenigen Orte ist, wo die Arbeitslöhne am niedrigsten stehen und die längste Arbeitszeit herrscht. Es wurden verschiedene Großbetriebe einer scharfen Kritik unterzogen, so der Mangel an Motoren in der Bogenlampenfabrik, sowie die Lohnabzüge für Strafen dafelbst, ebenso bei G. A. Weig. In der Pommer'schen Eisengießerei und Maschinenfabrik verdienen Schlosser, Formner und Weher 23—25 M die Stunde, bei Afford dürfen sie nur 7 M die Stunde mehr verdienen. Klempner kommen hier am Ort auf 12—15 M die Woche. Unter solchen Umständen ist es Pflicht eines jeden, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Redner sprach noch eingehend den Dargelower Streik und forderte die Versammlung auf, die Ausgeperrten finanziell und moralisch zu unterstützen. Mit einem Hoop auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Speyer.** Am 14. November hielten die hiesigen Metallarbeiter eine öffentliche Versammlung im Lokal der Brauerei „Adler“ ab, in der Herr Schöb aus Frankenthal einen Vortrag hielt über die Wahrung der Interessen des arbeitenden Standes. In lichtvoller Weise führte der Redner den Anwesenden die Entwicklung des Proletariates vor Augen und die Aufgaben, die es in der Gesellschaft zu erfüllen habe. Dabei beleuchtete er in trefflicher Weise das kapitalistische System und die Schäden, die es für die Gesellschaft gebracht hat. Seine Rede klang aus in der Mahnung, sich zu organisieren, denn nur durch eine gute Organisation können die Arbeiter etwas erreichen. In der Diskussion wurde von einem Redner darauf aufmerksam gemacht, daß sich gegenwärtig ein Werber in Speyer aufhalte, welcher Monteur für Amerika suche. Man vermuthet, daß es sich um Arbeiter handelt, die als Streikbrecher nach England geschickt werden sollen. Auch über die Sicherheit von Heil u. Schneider wurde im Laufe der Diskussion manches scharfe Wort geäußert. Derselbst sollen recht traurige Zustände herrschen. Es sei schon vorzuziehen, daß ein Lohnarbeiter ohne einen Pfennig nach Hause gegangen wird.

**Schramberg.** In der Versammlung am 20. November wurde beschlossen für die englischen Maschinenbauer 20 M pro Mitglied und Woche Extrabeitrag zu leisten.

**Erberg.** In der am 20. November abgehaltenen Versammlung wurde H. Müller als Bevollmächtigter, Adrian Kalkbush als Kassierer und die Kollegen Fain, Schauer und Straß als Revisoren gewählt. Beim 2. Punkt wurde erwähnt, daß in einzelnen Fabriken von Seite der Direktoren und Prinzipale, die Arbeiter schlecht behandelt und mit Dämonen wie Faustkämpfer, träge Säuwägel u. dgl. regaliert werden. Es wurde auch konstatiert, daß in einzelnen Fabriken keine Ventilation vorhanden ist, so daß es oft unerträglich sei, in einem solchen Lokal zu arbeiten. Dann wurde einstimmig beschlossen, für die streikenden englischen Maschinenbauer wöchentlich 10 M pro Mitglied zu erheben.

**Weinheim.** Nach langer Zeit ist es wieder gelungen, hier am Orte eine Verwaltungsstelle zu errichten. Dieselbe besteht seit dem 1. August d. J. und zählt 17 Mitglieder. Man sollte es nicht glauben, daß an einem Orte, in welchem ca. 500 Metallarbeiter beschäftigt sind, der Verband nur 17 Mitglieder hat. Die Mitglieder sind vorwiegend Fremde, die hier zugereist gekommen sind und sich anfangs gemacht haben. Die einheimischen Arbeiter sind für jede Unterstützung unempfindlich, sie kommen nur am Vortage den Gefühlen über ihre schlechte Lage Ausdruck geben. Durch mündliche Agitation haben wir jetzt nicht viel erreicht. Unsere Mitgliederversammlungen finden alle 14 Tage Sonntags Vormittag um 10 Uhr statt. Am 21. November 1897 sollte in der Versammlung ein Vortrag gehalten werden und machten wir deshalb die Versammlung im hiesigen Tagelokal bekannt, um dadurch neue Mitglieder zu gewinnen. Wir hatten jedoch die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Das hiesige Bismarck hat die Mitgliederversammlung verboten. Es war jedoch kein formelles Verbot, sondern dem Lokalwirth wurde es verboten, sein Lokal zu dieser Versammlung herzugeben. Wenn die Versammlung in jenem Saal stattfände, so würde er mit 50 M bestraft und die Wirksamkeit würde geschloffen werden. Die „Wannheimer Volksstimme“

bezeichnet das ganze Auftreten des Bezirksamtes „als eine ganz gewöhnliche Sozialabtreiberi, die nur dadurch ihre Bedeutung erhält, daß sie von einem großherzoglich-hessischen Bezirksamtmann im Dienst, einem ausführenden Organ des Herrn Minister Eisenlohr, in Szene gesetzt ist.“ Diese Angelegenheit ist bereits der sozialdemokratischen Landtagsfraktion übermitteln worden, damit dieselbe das Vorgehen des Bezirksamtes Weinheim beim Etat des Ministeriums des Innern zur Sprache bringen können. Wir werden uns dadurch nicht einschüchtern lassen und werden weiter agitieren im Interesse des D. M. V. trotz aller Gewaltpolitik à la Bismarck.

**Wolfsbühl.** Am 27. November hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, welche leider nur von 8 Kollegen besucht war. Demnach müssen eigentlich die Verhältnisse sehr gut stehen. Das Gegenteil beweist die Maschinenfabrik und Eisengießerei von Brandes & Co., wo die Löhne viel zu wünschen übrig lassen. Es verdienen dort Formner im Afford 18 M pro Woche. B. G. gab es für Platten 1,25 per Stück, als sich die Betreffenden weigerten, die Arbeit für den Preis zu machen und 1,50 forderten, meinte ein älterer Kollege, für 1,40 könnt Ihr dieselben sehr gut machen, mehr gibt Herr Brandes nicht! Wenn man freilich bessere Arbeit hat, wie der Betreffende, dann können andere Kollegen sich für einen Lumpenlohn schinden. Von den mangelhaften Einrichtungen der Fabrik wollen wir den Wort erwähnen, welcher einer Abänderung und Reinigung dringend bedarf, da letztere 1 Jahr nicht stattgefunden hat. Trotzdem sind von der großen Anzahl Arbeiter sehr wenig organisiert. Darum, Kollegen Wolfsbühl, erscheint zahlreich in der nächsten öffentlichen Metallarbeiterversammlung, damit wir fernerhin bessere Erfolge zu verzeichnen haben.

**Mechaniker.**

**München.** (Sektion der Mechaniker und Optiker.) In einer am 22. November im Duppheim abgehaltenen öffentlichen Versammlung kamen die Ausperrungen und Zustände (eigentlich Mißstände) in der optischen Fabrik von G. H. Odenstock zur Sprache. Der Referent Raith erklärte der Versammlung vorerst, daß es sich hier um keinen Streik, sondern um eine Maßregelung der betreffenden Arbeiter wegen ihrer Verbandszugehörigkeit handle. In kurzen Zügen schildert derselbe die Entwicklung der Differenzen; die Herren Odenstock haben seit zwei Jahren Abzüge von 20—45 Prozent gemacht mit der Begründung, daß die schlechte Geschäftslage und die große Konkurrenz dies nothwendig mache, sie gaben aber zu gleicher Zeit das Versprechen, daß sie bei günstigerer Konjunktur sofort bereit wären, wieder aufzubessern. In der Aufhäufung nun, daß die Geschäftslage im heurigen Jahre eine durchaus günstige sei, wagten es vier Arbeiter (die sogenannten Nutenstecher) im Frühjahr Herrn Odenstock an sein Versprechen zu erinnern und verlangten Aufhebung der Affordarbeit, weil sich durch dieselbe verschiedene Uebelstände herausgebildet hätten, und dafür festen Wochenlohn. Zugleich forderten dieselben Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden. Es sei diese Forderung angeht der Schädigung der Gesundheit durch den Glas- und Schmirgelstaub u. in diesem Berufe nicht nur berechtigt, sondern eine Nothwendigkeit. Die Herren Odenstock wurden während über diese „Unverschämtheit“ der Arbeiter und weil die Betreffenden ihre Forderungen durch den Vorsitzenden ihrer Sektion stellen ließen, erklärte Herr Odenstock durch ein großes Plakat, das er in der ganzen Fabrik aufschlagen ließ, daß Jeder der bei diesem „Streikverbanne“ Mitglied sei und aus demselben nicht austrete, aus seiner Fabrik hinausflege.“ Allmählich veränderte der Zorn dieser Herren, und da sie die Leute nothwendig brauchten, versprochen sie ihnen nach einiger Zeit Aufbesserung. Inzwischen ging Herr Odenstock in die Sommerfrische, und als die Arbeiter nach Zurückkunft desselben ihn um Einlösung seines Versprechens baten, ließ er sie einzeln rufen und stellte abermals das Anbieten an sie, aus dem Metallarbeiter-Verbande auszutreten, welche Zustimmung aber die Arbeiter zurückwiesen, worauf die Ausperrung erfolgte. In seinen weiteren Ausführungen kommt der Referent auf die Zustände in der betreffenden Fabrik zu sprechen. Er verliest eine Reihe Lohnzettel, nach welchen folgende horrenden Summen verdient wurden: 16,16, 9,38, 9,44, 8,55, 6,40, 5,83 M pro Woche. Daß bei solchem Verdienste die Arbeiter gezwungen sind, in ein in der Nähe dieses Geschäftes liegendes Kapuzinerkloster zur Bettelstube zum Mittag zu gehen (wie es bei einem Theile derselben thätiglich vorkommt), ist einleuchtend. Auch die Zunahme der Frauenarbeit in dieser Fabrik an Maschinen, die für Männer gesundheitschädlich sind, sei im Auge begriffen; vor 1 1/2 Jahren sei noch keine und heute 16 Frauen in diesem Betriebe beschäftigt. Auch die sanitären Zustände ließen viel zu wünschen übrig und Herr Odenstock, der für den Naturheilverein eifrig Propaganda betreibt, hätte alle Ursache vor der eigenen Thüre zu stehen. Zugleich stehe das Deunziantenwesen in Odenstock's Fabrik in hoher Blüthe und befanden sich auch unter den Arbeitern verschiedene, die glauben, durch solche Handlungsweise ihre Existenz verbessern zu können. Auch die Behandlung der Arbeiter entspreche nicht der christlichen Gesinnung des Prinzipals. Einem Arbeiter, der auf eine 17jährige Thätigkeit zurückblicken konnte, habe Herr Odenstock einen Werkmeisterposten angetragen unter der Bedingung, daß er aus dem Verband und der sozialdemokratischen Partei austreten müsse. Und als der Betreffende dieses Anerbieten als mit seiner Gesinnung nicht vereinbar ablehnte, meinte Herr Odenstock, daß auch der heutige Finanzminister Wiquel einst Kommunist gewesen sei und es doch bis zum Finanzminister gebracht habe! Ein zweiter Arbeiter, der 10 Jahre in diesem Geschäft thätig war und eine schwere Krankheit durchzumachen hatte, fand, als er nach seiner Genesung wieder in das Geschäft kam, seinen Posten durch Frauen ersetzt und am Samstag erhielt der Mann, der zuvor 22 M verdiente, 12 M Wochenlohn. Als nun der Betreffende den Herren vorhielt, daß er nicht im Stande sei, mit diesem geringen Verdienste seine Familie zu ernähren, gab man ihm den Bescheid, daß er sich dann einfach nur um löhnerere Arbeit umzusehen brauche. Es wüßte diese Handlungsweise ein großes Streiflicht auf die echt „christliche“ Gesinnung dieser Herren. In beredten Worten rückte der Referent in seinen weiteren Ausführungen den Werth und Nutzen der Organisation in das richtige Licht und forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten. Großer Beifall folgte der

Rede. In der Diskussion kam zunächst der Werkmeister Weber zum Wort. Der gute Mann versicherte hoch und theuer, daß er nicht von Hedenstock geschickt sei; die vom Referenten zitierten Löhne seien „nicht richtig“, bei den Mechanikern gebe es Leute, die 28—30 M verdienen. Auch das vom Referenten gerügte Denunziantenwesen sei „nicht vorhanden“. Man solle einmal Namen nennen. Kollege Franz Schmitt, der 10 Jahre in der Fabrik arbeitete, wies die Ausführungen Webers eingehend zurück. Er sei handlungslos es sich nicht um Mechaniker, sondern um Optiker, und zwar um deren Auslieferung. Es seien Kollegen entlassen worden, die den Ruf des Geschäftes mit begründen halfen. Kollege Schmitt unterzog die Zustände in der Fabrik einer vernichtenden Kritik, die Behauptung bezüglich des Denunziantenwesens wurde von ihm mit verschiedenen Beweisen belegt. Kollege Kragich führte aus, daß der Herr Werkmeister keinen großen Dank von seinem Prinzipal ernten werde, wenn er einmal genügend abgearbeitet sein werde, würde er sicher ebenso ohne Rücksicht auf die Straße wandern müssen wie die anderen. Die übrigen Redner ergänzten die Ausführungen des Referenten und forderten zum Beitritt in die Organisation auf. Nach kräftigem Schlusswort des Referenten wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und mit den ausgesprochenen Arbeitern solidarisch erklärt. Die Versammlung erbliden ferner nur in einer starken Organisation die Macht, um ähnliche Angriffe auf das Koalitionsrecht mit Erfolg zurückweisen zu können. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Billaud als Delegierter zum Gewerkschaftsverein gewählt.

**Feilenhauer.**

**Leipzig.** Eine am 5. Dezember im „Coburger Hof“ abgehaltene Feilenarbeiterversammlung lehnte es ab, einen Delegierten zum Braunschweiger Feilenarbeiterkongress zu entsenden und beschloß, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband treu zu bleiben. Unter „Gewerkschaftlichen“ wurde eine ganze Blüthenlese von Mißständen in den verschiedenen Werkstätten zur Sprache gebracht, sowie beschlossen, bei Lieferstunden auf 25 Prozent Zuschlag zu bestehen.

**Aufruf an die Metallarbeiter der Provinz Hannover.**

Im Auftrage der Kommission berufe ich auf **Samstag, den 26. Dezember, Vormittags 10 Uhr, nach Hameln** eine Konferenz ein.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1) Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission.
- 2) Bericht der Delegierten.
- 3) Agitation.
- 4) Wahl eines Vertrauensmannes.
- 5) Verschiedenes.

Verwaltungsstellen bis 100 Mitglieder wählen einen Delegierten, 200 zwei, bis 400 drei Delegierte; mehr als vier Delegierte darf keine Verwaltungsstelle entsenden.

Etwaige Anträge sind an den Unterzeichneten spätestens bis 24. Dezember einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

**Karl Schle, Hannover, Fünfte Str. 21V.**

**Anfrage.**

Unterfertigte Verwaltung fragt hiermit im Verbandsorgan an, ob Niemand Aufschluß erteilen kann, ob oder wo allenfalls die bei englischen Firmen bestellten Lokomotiven nach China in Deutschland gemacht werden? Wer Auskunft erteilen kann, wird ersucht, dies im Verbandsorgan zu thun. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

**Die Verwaltung der Schlosser und Maschinenbauer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Münchens.**

**Servitigung.**

In dem Situations- und Tätigkeitsbericht des Genossen Rehrick in voriger Nummer muß es im vorletzten Absatz Zeile 1 statt Finsterwalde **Fürstenwalde** heißen.

**Vermischtes.**

**Der Arbeitsmarkt im November** zeigte nicht bloß die alljährlich in diesem Monat stattfindende starke Answelung der Arbeitslosen-Schaar, sondern darüber hinaus einzelne bedenkliche Symptome. Nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweis-Verwaltungen, welche allmonatlich in der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ (Berlin S. Hermann) veröffentlicht werden, bewarben sich um 100 ausgetobene offene Stellen im Oktober dieses Jahres 134,9, im November hingegen 161,5. Während ferner bis jetzt im laufenden Jahre jeder Monat im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine erheblich günstigere Gestaltung gezeigt hatte, ist im November dieser Vorzug zwar noch vorhanden, aber nur noch in geringem Maße. Im November 1896 bewarben sich bei den allgemeinen Arbeitsnachweisen um 22.400 Stellen 37.282 Arbeitsjunge, im November dieses Jahres um 25.790 offene Stellen 41.867. Auf 100 ausgetobene offene Stellen kamen damals 166,5 Arbeitsjunge, diesmal 161,5; d. h. die Wirtschaftslage zeigt einen kleinen Vorprung vor dem Vorjahre, aber nicht mehr einen so bedeutenden, wie bisher. Der Zahl nach vertheilt sich das günstige Ergebnis auf eine größere Zahl von Plätzen, so daß im Vergleich zum November vorigen Jahres 30 Arbeitsnachweise (nebst zwei ausländischen) eine Abnahme des Andranges aufweisen und nur 16 (nebst 1 ausländischen) eine Zunahme.

Abnahme: Breslau, Hildorf, Kiel, Quedlinburg, Hannover, Osnabrück, Essen, Düsseldorf, Köln, M. Gladbach, Aachen, Kreuznach, Wiesbaden, Darmstadt, Kaiserlautern, Straßburg, Saar, Schopfheim, Offenbach, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Ludwigshafen, Splingen, Göttingen, Heilbronn, Fürth, Nürnberg, München. — (Wien, Brünn.)

Zunahme: Posen, Frankfurt a. O., Berlin, Hamburg, Halle, Erfurt, Gera, Wiesbaden, Frankfurt a. M.,

Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe, Cannstatt, Schwab. Hall, Ulm, Augsburg. — (Wien.)

Ueber die Abwicklung dieses Wirtschaftsjahres, von der noch immer hervortretenden günstigen Situation an den deutschen Börsen spricht sich das genannte Blatt wie folgt aus:

„Die Industriezweige, zu denen die an der Börse gehandelten Aktien und Bantanteile in Beziehung stehen, sind vornehmlich Bergbau und Metallindustrie; diese blühen noch immer. Aber in der Textilindustrie, in welcher es kein für den Börsenverkehr leitendes Papier gibt, wird das trübe Bild, das wir in der vorigen Nummer zu zeichnen hatten, durch neuere Berichte in schreckenerregender Weise bestätigt. In den Bekleidungsindustrien scheinen sich ähnliche Wendungen zum Schlechteren vorzubereiten. Es kann kein Zufall sein, daß aus Freiburg, aus Stuttgart und aus kleineren Orten übereinstimmend gemeldet wird, daß ein Jahre lang beobachteter Mangel an Schuhmachergesellen in diesem Monat plötzlich geschwunden ist.“

**Berliner Gewerkschaftshaus.** Der „Vorwärts“ schreibt: Am Mittwoch ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung beschlossen worden, deren Zweck es ist, auf einem noch zu erwerbenden Terrain möglichst nahe dem Zentrum Berlins Baulichkeiten zu errichten, welche Bedürfnissen des gewerkschaftlichen Lebens dienen sollen. Ein Vorderhaus, so plant man, soll Büroräume enthalten, die an Gewerkschaften, Krankenkassen u. vermietet werden, während ein zu verpachtendes Restaurant für die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse sorgen, eventuell einen Sammelpunkt für das gewerkschaftliche Leben bilden soll. In einem Hinterhaus denkt man eine Herberge zu errichten, in welcher deren Bewohner durch gesunde Schlafräume, einfache, aber gute Küche, helle Aufenthaltsräume, Badeeinrichtung usw. ein menschenwürdiger und gleichzeitig billiger Aufenthalt geboten wird. Für den Besuch der Herberge rechnet man namentlich auf Zuweisung durch solche Gewerkschaften, die Reiseunterstützung zahlen. Die Gesellschaft ist von 20—30 Mitgliedern mit einem vorläufigen Stammkapital von etwas mehr als 60 000 M. beschlossen und wird ihre Eintragung in das Handelsregister in der nächsten Zeit bewirken. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder sind aus der Gewerkschaftsbewegung bekannte Genossen. Die Firma der Gesellschaft lautet: „Gewerkschaftshaus G. m. b. H.“ Zu vorläufigen Geschäftsführern sind die Genossen Millarg und Pätzold bestimmt. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit wird voraussichtlich eine nicht allzu schnelle sein. Die Gesellschaft ist schon jetzt begründet worden, um einen festen Kreis von sachkundigen Leuten zu schaffen, die die einschlägigen Fragen einer erneuten gründlichen Prüfung an der Hand der praktischen Verhältnisse unterziehen, gegebenen Falles aber auch sofort eine günstige Gelegenheit ausnutzen kann.

**Die Stuttgarter Gewerkschaftskommission** hat bezüglich der Lokalorganisierten Vereine nach längerer Diskussion folgenden Antrag angenommen: „In Erwägung, daß die Zentralorganisation in der Gegenwart die allein richtige Organisationsform für die Gewerkschaften ist, und daß die Anerkennung von lokalen Sonderorganisationen nur geeignet ist, die Uneinigkeit unter den Arbeitern zu fördern, hält die Gewerkschaftskommission sich verpflichtet, an die Lokalorganisationen der Zuhilenehmer, Handlungsgehilfen und Laboriger hierdurch die Aufforderung zu richten, sich ihren organisierten Kollegen im übrigen Deutschland anzuschließen und den Beitritt zu ihrem Zentralverband so bald wie möglich zu vollziehen. Im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft erwartet die Gewerkschaftskommission, daß die Lokalorganisationen ihren Sonderstandpunkt nunmehr aufgeben und diesem Beschlusse Rechnung tragen, da die Gewerkschaftskommission anderenfalls gezwungen wäre, spätestens mit Beginn des neuen Geschäftsjahres die Bestimmung des § 1 Abs. 2 des Reglements für die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart's zur Durchführung zu bringen.“

Ein sehr praktischer und zeitgemäher Antrag. Es wäre notwendig, daß auch andere Gewerkschaftsstartelle im gleichen Sinne verfahren würden, um endlich die Sonderbestrebungen der lokalorganisierten Gewerkschaftler einzudämmen. Es ist geradezu großer Unfug, wenn seitens der Gewerkschaftsstartelle die für Sonderbestrebungen schwärmenden Organisationsformen und Vereinigungen zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung überhaupt immer noch so warm gehalten werden. Spielt man doch endlich einmal denselben Trümpf aus, wie das Stuttgarter Gewerkschaftsstartell, und die Vereinigungsmitglieder werden dann wohl begreifen lernen, daß sie eine Null sind im wirtschaftlichen Kampfe.

Bezüglich der Frage der Aufstellung weiblicher Vertrauenspersonen, die den Fabrikinspektoren zur Berathung zur Seite gestellt werden sollen, fasste die Stuttgarter Gewerkschaftskommission folgende Resolution:

„Die Gewerkschaftskommission erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Regierung, welche Diakonissen und Krankenschwestern durch den amtlichen Vorschlag zu amtlichen Vertrauenspersonen der Arbeiterinnen in Sachen der Fabrikinspektion ernennen ließ. Die Gewerkschaftskommission hält die Diakonissen und barmherzigen Schwestern für durchaus ungeeignet, die gedachte Funktion auszuüben, weil ihnen jede Erfahrung im praktischen Arbeiterleben, namentlich aber jede Kenntnis der Einrichtungen und Gefahren bei der Arbeit in Werkstätten und Fabriken abgeht. Aus diesem Grunde hält die Gewerkschaftskommission auch für ausgeschlossen, daß die Diakonissen u. sich jemals das Vertrauen der Arbeiterinnen in dieser Richtung erwerben können. Vertrauenspersonen der Arbeiter und Arbeiterinnen können nur von diesen selbst erwählt und aufgestellt werden. Die Gewerkschaftskommission ist nach wie vor der Ansicht, daß die Regierung durch Anstellung weiblicher Inspektorinnen oder Inspekturinnen am ehesten erreichen würde, auch der weiblichen Arbeit den so notwendigen Schutz zu gewähren.“

**Wie der amerikanische Zolltarif und der englische Maschinenbauertarif** auf den Handel Englands einwirkte, zeigte der englische Handelsminister Ritchie in einer Rede an folgenden Zahlen: „Der Oktober zeigte eine Abnahme um die beachtenswerte Summe von 1 400 000 Pfd. Sterl. oder 7 Prozent im Vergleich aus Oktober vor. J8. Während der mit Oktober endenden zehn Monate habe die Kohlenausfuhr um 606 000 Pfd. St. zugenommen und die Ausfuhr roher Wolle nach den Vereinigten Staaten sei von 210 000 im Oktober v. J8. auf 1 120 000 Pfd. Sterl. ge-

stiegen. Es gebe zwei spezielle Ursachen für die Ausfuhrabnahme, die nur während der letzten drei Monate gewirkt haben — bei einigen erst im verfloffenen Monat. Er spreche von dem amerikanischen Zolltarif und dem Streik im Maschinenbau. Während Tarife für England den Nord bedeuten könnten, seien Streiks und Arbeitszwiste Selbstmord.“

Daß Amerika England so große Konkurrenz mache, liege lediglich daran, daß die amerikanischen Fabrikanten mehr Freiheit besitzen, die besten Maschinen zu verwenden und sie in der ökonomischsten Weise anzuwenden. Weiter seien die amerikanischen Fabrikanten nicht in jeder Weise durch Beschränkungen verhindert, wer immer ihnen diese auch auferlege. Herr Ritchie scheint von den nationalökonomischen Lehren eines englischen Handelsministers Mundella und den praktischen Erfahrungen vieler englischer Fabrikanten noch nichts gehört zu haben, sonst könnte er es kaum eine Beschränkung nennen, wenn die Arbeiter eine Verfüzung der Arbeitszeit anstreben, durch die allein es möglich ist, einen gesunden, kräftigen Arbeiterstamm zu erhalten.

**Litterarisches.**

Von der **Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie** von Franz Mehring (Stuttgart, Dietz Verlag) sind Heft 23 und 24 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. V. Balthas Erben. 1. Die vorhandenen Gegenstände. 2. Der Kampf der Meinungen. 3. Die Entschcheidung der Arbeiter. 4. Taktik und Organisation. Kap. VI. Die Revolution von oben. 1. Der habsburgisch-hohenzollerische Konflikt. 2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege. 3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege. Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 S. umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. — Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, J. S. W. Dietz Verlag) ist soeben das 9. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die polnische Gräfin. — Fraktion über Parteitag? Von W. Liebknecht. — Oeffentliche Krankenpflege in Rußland. — Die staatliche Unternehmung der mit Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbundenen Industrien in Großbritannien. Von Helene Simon. — Notizen. Elektrischer Motorenbetrieb in Berlin. Arbeitervertreter als Aufsichtsbeamte in belgischen Bergwerken. Entdeckung des Bazillus des Gelbfiebers. Von Dr. Stern-St. Andreasberg i. S. Veränderungen auf dem Monde. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prévost. (Fortsetzung.) — Heft 10 enthält: Ein Schternader Springer. — Noch einmal die Betheligung an den preussischen Landtagswahlen. Von August Bebel. — Der moderne englische Imperialismus. Von W. Beer-London. — Brentanos Agarpolitik. Von J. B. M. — Das Anwachsen der Zahl der Krinnen von 1884—1893. Von Erich Wendlandt. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prévost. (Fortsetzung.)

**In Freien Stunden,** illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) Preis pro Heft 10 S. enthält in Nr. 45 und 49 den laufenden großen Roman: Der Kampf um die Scholle von Elie Orzesko (Fortsetzung). — Ferner: Die letzten Stunden eines Verurtheilten. (Von Max Tmain.) — Lebendig begraben. (Aus dem Französischen.) — Dies und Jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen). — Wig und Scherz.

In Heft 49 wird bereits der mit Heft 1 des zweiten Jahrganges beginnende Roman Wildenrad's „Der Böhmer von Klauen“ angekündigt, der von dem bekannten Münchener Maler E. M. Lilien künstlerisch illustriert ist. Auch ist ohne Preisberhöhung von Nr. 1 ab der Inhalt jeden Heftes von 16 Seiten auf 24 Seiten vermehrt.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Dr. J. Jastrrow Berlin, Verlag von J. S. Hermann. Inhalt von Nr. 3: Das Telephon im Dienste des Arbeitsnachweises. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Streiklaute! Stellenvermittlung im Seemannsgewerbe; Beschlüsse des ersten deutschen Seemannskongresses; Verband zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf; Der Arbeitsnachweis im Berliner Formereitric; Verpflichtung zur Annahme des zugewiesenen Arbeiters; Entscheidung des Gewerbegerichts Berlin über den Arbeitsnachweis der Schlächterinnung. — Situationsberichte aus einzelnen Plätzen: München, Stuttgart, Freiburg i. B. — Lage des Arbeitsmarktes: Die Krisis in der Textilindustrie; Ausländische Arbeiter in Deutschland; Kuli-Import; Nachfrage in Württemberg; der Arbeitsmarkt im November.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

**Alt- und Heugersdorf.** Sonntag, 12. Dez., Nachm. 3 Uhr, in der „Helmühle“.

**Bayreuth.** Samstag, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Neuwahl der Ortsverwaltung. Beschlußfassung über unser Wintervergnügen.

**Berlin.** Sonntag, 19. Dez., im „Seepalast“ außerordentliche Versammlung.

**Berlin.** Achtung! Die Bezirksversammlung für den Osten, sowie die Vertrauensmännerkonferenz für den Süden fallen im Dezember aus.

**Brandenburg.** (Sektion der Heizer und Maschinenwärter.) Sonntag, 19. Dez., Nachm. 3 Uhr, bei Wittenow, Wredowstr. 17.

**Braunschweig.** (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Englischen Krone“, Schternstr. 42. Vortrag. Referent: Herr Dr. Franke. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Freierhausen.** Sonnabend, 18. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr.

**Büdelshof.** (Sektion der Formier.) Montag, 13. Dez., Abds. 8 Uhr, bei S. Ehlers, Neu-Büdelshof. Wahl der Ortsverwaltung.

**Coburg.** Sonnabend, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Reichshalle“. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Cottbus.** Sonnabend, 11. Dez.

**Leipzig.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, den 19. Dez., Nachm. 8 Uhr, bei Rüppel, Klosterstr. 11. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Durlach.** Samstag, 18. Dez., in der „Festhalle“. Wahl der Ortsverwaltung.

**Essfurt.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 11. Dez., Bericht der Verwaltung und Neuwahl.

**Forst (M.-A.)** Sonnabend, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Frick Gay, Kottbuserstr. 48. Neuwahl der Ortsverwaltung. Wahl von Bezirkskassirern.

**Frankfurt a. M.-Bodenheimer.** (Beide Sektionen.) Samstag, 11. Dez., 9 Uhr, im „Adler“, Frankfurterstraße 53. Vortrag von Herrn Oberlehrer Welde: Straßen- und Verkehrsweisen im Mittelalter.

**Grünberg i. Schleif.** Jeden Montag nach dem 15. des Monats. Abends in der „Sonne“, Berlinerstr.

**Halle a. S.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Faulmann. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Hamburg.** (Sämtliche Sektionen.) Freitag, 17. Dez., bei Herrn Pfabe, Hohe Bleichen. Bericht der Kommission betr. Zusammenschluß der Sektionen. Bericht der Delegierten von der Konferenz in Neumünster.

**Hamburg.** (Sektion der Gelbgießer, Gürtler u.) Mittwoch, 15. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffe- macherreihe 6-7.

**Hamburg-Horn.** Sonnabend, 11. Dez., bei C. Mühs, Hornerlandstr. 339. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Hannover.** (Allg.) Sonnabend, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Kl. Saale des „Ballhof“. Bericht der Ortsverwaltung. Neuwahl derselben.

**Hannover.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Kutsche. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Straßner, Langestr. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Heidenheim.** Samstag, 11. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Hirsch“. Wahl der Ortsverwaltung.

**Heilbronn.** Samstag, 11. Dez., Abds. 8 Uhr, in der „Rose“. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Kalk b. Köln.** Samstag, 11. Dez., bei Heufeshoven. Vortrag: Die englischen Gewerkschaften. Ref.: Silbbaach-Köln. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** (Allg.) Samstag, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalmbach, Kaiserstr. 18, kombinierte Mitglieder- versammlung mit Vortrag.

**Karlsruhe.** (Sektion der Bauhölzer.) Samstag, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“ (Ludwigspl.) Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Eiche“, Augartenstr.

**Kiel.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, 14. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, in den „Zentralhallen“, Alte Reihe 9. Jahresbericht der Ortsverwaltung. Neuwahl derselben und eines Obmannes zum Arbeitsnachweis. Kartellbericht.

**Kitzbach i. S.** Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat im „Johannestad“.

**Linden.** (Sektion der Feilenhauer und Schleifer.) Sonnabend, 18. Dez., in der „Neuen Welt“. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Lobau i. S.** Regelmäßig alle 14 Tage am Sonntag in der „Lohnhalle“.

**Lollar.** Dienstag, 14. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Heinrich. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Ludensweiler.** Montag, 13. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Otto Schulz, Beckstr. 34. Neuwahl der Ortsbeamten.

**Meuselwitz.** Sonnabend, 18. Dez., bei Trabers. Neuwahl der Ortsverwaltung. Diskussion über den Vortrag vom 5. Dezember.

**Mosbach.** Sonntag, 12. Dez., Nachm. 3 Uhr. Abrechnung für November.

**Mühlhausen i. Elb.** Am 12. Dez., Nachm. 2 Uhr, im hinteren Saal von Rietzmüller. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Neumarkt i. O.** Samstag, 11. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Schwan“.

**Niederschlesien.** Sonntag, 12. Dez., Nachm. 3 Uhr, im „Hinteren Bild“ in Oberschlesien. Wahl der Ortsverwaltung.

**Norheim.** Samstag, 11. Dez., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Löwe“. Abrechnung vom Stiftungsfest.

**Rathenow.** (Sektion der Einbleiber.) Sonnabend, 18. Dez., bei Rehsfeldt, Jägerstr. 14. Jahresbericht.

**Rendsburg.** Sonnabend, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Neuwahl der Ortsverwaltung. Eylinderfeier.

**Rostock.** Sonnabend, 18. Dez., in der „Barnowhalle“.

**Saalfeld.** Sonnabend, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, bei Gummertmann. Neuwahl der germanischen Ortsverwaltung.

**Stettin.** Am 14. Dezbr., Abds. 8 Uhr, bei Herrn Kempfert. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Stralsund.** Sonnabend, 18. Dez., bei Herrn Strand, Frankestr. 7. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht vom Vermögens.

**Thale a. S.** Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, im „Braunen Hirsch“ statt.

**Walters.** Sonntag, 12. Dez., Nachm. 5 Uhr, bei Wwe. Dotterheidt, Neust. 26. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Weiskirchen.** Am 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der „Zentralhalle“. Wahl der Ortsverwaltung. Verlesung.

**Wiesbaden.** Samstag, 18. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Schwalbacher Hof“. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Zuffenhausen.** Samstag, 11. Dez., Neuwahl der Ortsverwaltung. Besprechung betr. Weihnachtsfeier.

Die Ausgabe der Bücher erfolgt nach folgenden Grundsätzen: Jedem Mitgliede der Verwaltungsjahre Berlin, welches hier gemeldet und mindestens 13 Wochen seine Beiträge entrichtet hat, steht das Recht zu, gegen Vorzeigung seines Mitgliedsbuches — sofern es nicht länger als 4 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist — an den Ausgabe-Abenden ein Buch zu entleihen. Die Leihzeit der Bücher beträgt 14 Tage, kann aber nach mündlich oder schriftlich nachgesuchter Bewilligung bis zur Dauer von 6 Wochen verlängert werden; Ueber- schreitung der Leihzeit von 14 Tagen, ohne Bewilligung der Verwaltung, kostet eine Leihgebühr von 10 J pro Woche. Mitglieder, welche sich weigern, diese Leihgebühr zu entrichten oder denen die Bücher abgeholt werden müssen, werden von der Benützung der Bibliothek ausgeschlossen. Wir ersuchen die Mitglieder, im Interesse ihrer eigenen Ausbildung und Auf- klärung von der Benützung der Bibliothek recht regen Ge- brauch zu machen.

**Breslau.** (Allg.) Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung bis auf Weiteres bei Kollegen Harj, Sonnenstr. 33, M. ausbezahlt wird.

**Düsseldorf.** (Allg.) Beiträge werden entgegengenom- men und finden Aufnahmen statt: Jeden Sonntag, Morgens von 11-1 Uhr, bei Wwe. Birnbach, Kaiserstr.; von 11 bis 1 Uhr bei Wirth Joh. Beuther, Ratinger- und Neubach- strafenecde; von 11-1 Uhr und Abends von 8-9 Uhr bei Hechhausen, Martinstr. 81; zu jeder Tageszeit bei Spiegel, Friedenstr. 56, 1 und bei Fiedert, 1. Kassirer, Friedenstr. 34, 1.

**Karlsruhe.** (Allg.) Die Kollegen werden ersucht, die der Bibliothek entliehenen Bücher bis nächsten Samstag behufs Revision abzugeben, ebenso werden die resignirenden Kollegen aufgefordert, ihre Beiträge bis Jahreschluß zu ent- richten.

**Linden.** (Sektion der Feilenhauer und Schleifer.) Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Umschauen in Lin- den, Hannover, Döhren, Hildesheim und Hameln unterjagt ist. Zu widerhandeln wird das Lokalgeld entzogen. — Herberge und Arbeitsnachweis befindet sich bei Herrn Straßner, Langestr. 2 in Hannover.

**Lörrach.** Wir ersuchen den Eisendreher Philipp Ruß- baum, geb. am 21. Oktober 1874 in Oberburbach, eingetr. in Lörrach, B.-Nr. 120 666, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsjahre nachzukommen. — Ferner wird der Schlosser Heinrich Bösch, zuletzt in Schönau im Wiesenthal, aufgefordert, seine Adresse an den Bevollmächtigten gelangen zu lassen, damit ihm sein Buch zugesandt werden kann.

**Mühlhausen i. Elb.** Samstag, 11. Dez., bei Rietz- müller, Abendunterhaltung zu Gunsten der englischen Maschinenbauer, bestehend in Konzert und nachfolgendem Tanzkränzchen.

**Neustadt a. d. Elb.** Der Schlosser Carl Schöck, eingetr. am 27. April 1895 in Stuttgart, Gpt.-Nr. 104 154, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen den Bevollmäch- tigten Ferd. Paul, Landauerstr. 68, nachzukommen.

**Offenbach a. M.** (Allg.) Sonntag, 19. Dezember werden die Mitgliedsbücher zur Kontrolle eingezogen. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, ihre Bücher für die Er- heber bereit zu legen, damit in der Kontrolle keine Ver- zögerung eintritt.

**Spremberg.** Adresse des Bevollmächtigten: Bernhard Reichelt, Alte Schule, Slamen bei Spremberg; des Kas- sirers: Gustav Brauner, Bauzenerstr. 81.

**Gestorben.**

In Bitterfeld am 3. Oktober der Schmied Reinhold Friese an der Proletarierkrankheit. — In Oberroben am 18. November Jakob Schneider an der Proletarierkrankheit. — In Alsted am 14. Nov. der Schlosser Adam Fraß im Alter von 26 Jahren; am 1. Dez. der Dreher Ernst Bendt- feld im Alter von 26 Jahren. — In Osnabrück am 20. Nov. der Eisendreher Rich. Wieland, 20 Jahre alt.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Hannover.** Montag, 13. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Ballhof“ öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure. Vortrag des Gen. A. Paul über: Die Freiheit des Koalitionsrechtes, eine notwendige Forderung im wirtschaftlichen Interessenkampf der Arbeiter. Die Be- deutung des Gewerkschaftsstatuts und Wahl eines Delegierten zu demselben.

**Schwab. Gmünd.** Samstag, 11. Dez., Abds. 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Schwarzen Dörsen“. Referent: Kollege Hermann-Stuttgart.

**Zwickau.** Sonnabend, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Schwede“ öffentliche Metallarbeiterversam- lung. Wahl eines Bevollmächtigten.

**Privat-Anzeigen.**

**Suche für sofort einen jüngeren Gelbgießer.** 391) **Wih. Göke, Delitzsch i. S.**

**2 Feilenhauer auf große und mittlere Feilen sucht** 392) **F. Hammerhirt, Mainz.**

**Auf sofort gesucht ein tüchtiger erster Formier,** welcher im Stande ist, eine Kl. Gießerei zu leiten. Vergütung be- zugslos. Angenehme und dauernde Stellung. Gebl. An- gebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an **Maschinenfabrik und Eisengießerei** **E. Müller, Forst u. Bibern i. Braunschweig.** 387)

**Eine neue Werkzeugmaschinenfabrik in Süd-** deutschland sucht einen erfahrenen Montagemeister. **Offerten unter Z. an die Exp. erbitten.** 388

**Tüchtige Montiere für Werkzeugmaschinenbau** gesucht. **Maschinenfabrik Lorenz, Eßlingen (Baden).** 389)

**2 jüngere Gelbgießer,** welche auf kleinere Armaturen an der Drehbank tätig sind, finden dauernde Arbeit. — **Belegeld wird vergütet.** 385) **A. Maiking, Metallgießerei, Rostock i. R.**

[867] **S h m i e d**

auf kleine Massenartikel gesucht. Wächterstr. 26, **Nürnberg.**

**Zum Weihnachtsfest**

offerire den Verbandskollegen **Zigarren** bester Qualität zu folgenden Preisen: 3,10, 3,20, 3,40 und 4 pro 100 Stck. Bei Abnahme von 500 Stück versende franko.

**Herrn Köhler, Metallschläger, Sainewalde b. Zittau.** 390)

**Zu Weihnachtsgeschenken**

empfehle den Kollegen bei ev. Bedarf mein gut sortirtes **Gold- und Silberwaarenlager** zu billigen Preisen unter streng reeller Bedienung. 382

<b>Spezial-Fabrikation</b> für Trau- u. Verlobungsringe in 14 Sorten v. 7-35 M per Paar.	<b>Em. Tritsch, Golbarbeiter, Augsburg G. 24.</b> Nach Ausm. größte Zuborkommenheit.	<b>Reparaturwerkstätte</b> aller auch nur einschlägigen Arbei- en, spez. gold. und silb. Uhrgehäuse.
--	--	--

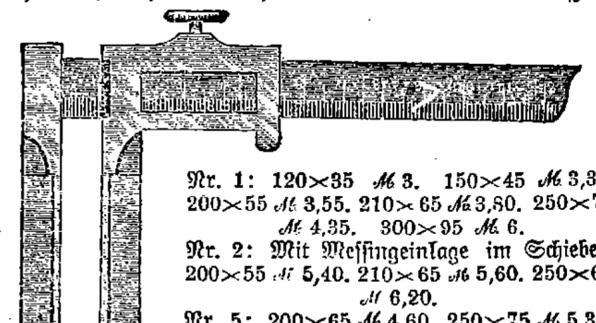
**Achtung! Former Achtung!**

**Gelegenheitskauf für Weihnachtsgeschenke.** Formierwerkzeugkasten, verschließbar mit Werkzeug zu **erkau- nungsbilligen** Preisen von 8 M an, 12, 16, 25 M usw. Wegen **des außerordentlich billigen Preises** nur gegen Nach- nahme oder gegen vorherige Einsendung des Betrages. Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen

**Fritz Schneckenburger,** 357) **Halle a. d. S., Kl. Ulrichstr. 36.**

**Sofort zu beziehen!**

**Schieblehren, Caliber, mit 1 Nonius u. 2 Maßstäben.**



Nr. 1: 120x35 M 3. 150x45 M 3,80, 200x55 M 3,55. 210x65 M 3,80. 250x70 M 4,35. 300x95 M 6.	Nr. 2: Mit Messingeinlage im Schieber. 200x55 M 5,40. 210x65 M 5,60. 250x65 M 6,20.
Nr. 7: Mit Mikrometerschraube und Zirkelspitzen 150x45 M 7,40. 250x65 M 8,50. 300x75 M 9,50.	Nr. 7 ohne Zirkelspitzen per Stück M 1,20 billiger. Verlange Nachnahme. Wer eine gut gearbeitete Schieblehre haben will, bestelle sofort, da sonst Wartezeit erforderlich. Ferner empfehle:

**Prakt. Berechnungen** der Verstellung von Support und Meistod zur schnellen Anfertigung konischer Arbeiten auf der Drehbank und Hobelmaschine. 53 Abb. 1 Tabelle. M 1,30. — **Messingstäbe** zum Abmessen des Supportumdehnungs- maßes M 0,50. Diese Stäbchen können in die genaue Rundung der Supportflanschen gebogen werden und sind auch zu anderen Abmessungen prakt. zu verwenden. — **Praktischer Selbstunterricht** im Berechnen der Wechselräder beim Ge- winde schneiden 40 Abb., 36 Tab., 11. Aufl. M 1,35. — **Räder- skala** für Wählhvortheil u. Gasgewinde zum Werkstattgebrauch M 0,15. — **Vortrag** über Gewindeberechnung M 0,30. — **Spitze Gewindeflehre** für 70, 60, 55 u. 45° M 0,80. —

**Für Vereine und Krankenkassen:**

Gestographenblätter zur Anfertigung von Handzetteln aller Art. 4 Stk. Folio 36x23 M 2,50. Porto 50 J. 4 Stk. Quart 28x23 M 2. Porto 50 J. Gestographen- tinte (Bayer'sche) Schwarz Fl. M 1,25 Porto 10 J. Violett, blau, roth oder grün, Fl. M 0,80, Porto 10 J.

**Feuer-Stempelkissen** in Schwarz, Violett, Blau, Roth oder Grün: 16x9 M 1,25, 11x7 M 0,80, 9x5 Cm. M 0,55. Porto je 10 J.

Prospecte franko. Verpackung wird nicht berechnet. Preise verstehen sich frei mit Ausnahme der Schieblehren und der Nachnahmegebühren. Vertreter für alle Werkstätten gegen gute Provision gesucht.

**Aug. Loss,**  
**Gießerei-Stein-Halle a. S.**

Referenz:

... Betreffs der erhaltenen Sendung kann ich Ihnen mittheilen, daß ich und mein Kollege mit den Schieblehren und Berechnungen für Gewindeflehen und Verstellung von Support und Meistod beim konisch Drehen, nebst Gewinde- lehren und Messingstäben, höchst zufrieden sind und werden dieselben bei unseren Mitarbeitern auf's Beste empfehlen.

Mit Hochachtung  
360) **F. Werner.**  
Leipzig, 10. Okt. 1897.

**Quittungsmarken, Rabattmarken, Kaufschukstempel,** sowie alle Druckerarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth **Karad Müller,** Gekendth-Leipzig. **Illustrirte Preislisten gratis!** 262)

**Stomke's Städtebuch**

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegkarte von Deutschland u. angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in feinem geb. Preis M 1,80. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Ein- sendung von M 1,80 auch in Briefmarken.

150) **G. Stomke's Verlag, Bielefeld.**